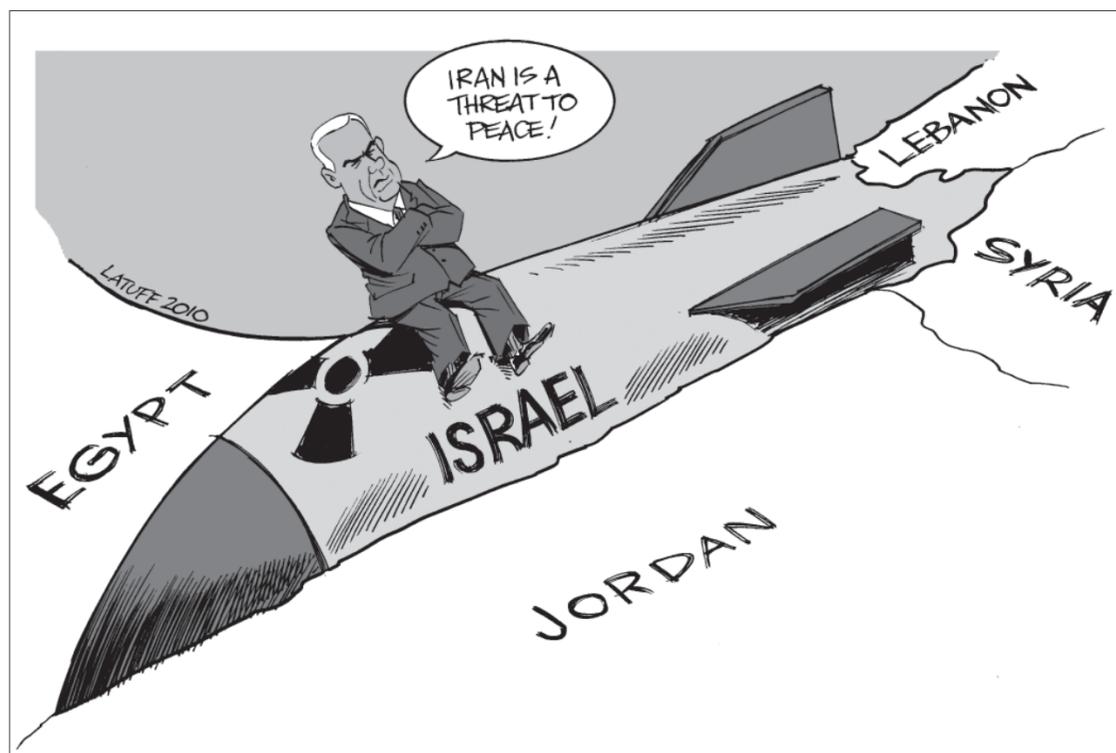


28.12.61.

# Unsere Welt

## Aus dem Inhalt

Wer gewann den Irakkrieg?	2
Weimar wiederholt sich	3
Der Griff nach Afrikas Kronjuwelen	4
Kuba zwischen Reform und Revolution	5
Fessenheim: Die tickende Zeitbombe	6
Gewalt an Frauen	7
Nachruf auf Fanny Edelmann	8



Netanjahu: «Der Iran ist eine Bedrohung für den Frieden!» (Karikatur: Latuff 2010)

## Der Iran und die Atomwaffen

### «Schande über mich!»

Berichte über die nuklearen Ambitionen des Iran klingen wie eine Neuauflage des Irak vor acht Jahren, meint der kanadische Journalist Gwynne Dyer.

Von Gwynne Dyer

«Wir werden nicht zwei Atombomben bauen angesichts der 20 000 (amerikanischen)», sagte der iranische Präsident Mahmoud Ahmadinejad in einer Stellungnahme zu dem Bericht der Internationalen Atom Energie Agentur (IAEA), die den Iran beschuldigt, gerade das zu tun. Er bezeichnete Yukiya Amano, den Generalsekretär der IAEA als Marionette der Vereinigten Staaten von Amerika und sagte: «Diese Person gibt keinen Bericht heraus über die nuklearen Arsenale Amerikas und seiner Alliierten.»

Das stimmt. Amano wird nie einen Bericht über die Atomwaffen Amerikas (zur Zeit nur 5 133) herausbringen. Er hat auch nichts berichtet über die Massenvernichtungswaffen Israels, des Vereinigten Königreichs und Frankreichs. Dazu kommt, dass sein Bericht weitgehend auf Informationen beruht, die ihm von westlichen Geheimdiensten zugefüttert wurden.

Abgesehen davon ist Amano so unparteiisch und frei vom Einfluss seitens der Vereinigten Staaten von Amerika, wie man das von einem japanischen Karrierediplomaten erwarten kann. Nur Zyniker werden Parallelen sehen zu Colin Powells Vorstellung vor den Vereinten Nationen im Jahr 2003, wo der Verteidigungsminister der Vereinigten Staaten von Amerika ein Teströhrchen hoch hielt und uns allen versicherte, dass der Irak wirklich an biologischer Kriegsführung arbeite.

Angeblich arbeitete der Irak auch an nuklearen Waffen: die berühmte

«rauchende Pistole» des ehemaligen Präsidenten George Bush, welche sich dann auch in Luft auflöste. Auf der Grundlage dieser «Geheimdienstkenntnisse» betreffend die «Massenvernichtungswaffen» des Irak überfielen die USA und ihre leichtgläubigeren Alliierten das Land. Hunderttausende wurden getötet, keine Waffen wurden gefunden und nichts wurde gelernt. Und hier stehen wir wieder.

Leg mich einmal herein, Schande über dich. Leg mich zweimal herein, Schande über mich. Die gleichen Geheimdienste liefern die gleiche Sorte von Berichten, die wir vor acht Jahren über die nuklearen Ambitionen des Irak gehört haben und interpretieren diese in der gleichen voreingenommenen Weise.

Viele Menschen im Westen kriegen mit, dass sie wieder in einen neuen Überfall auf ein Land des Mittleren Ostens hineingetauscht werden, aber das berührt sie nicht besonders. Es werden ja nur Luftangriffe sein, und wir alle wissen, dass ein Nur-Luftkrieg so gut wie ohne Opfer für die Seite verläuft, die die Lufthoheit besitzt. Schauen Sie zum Beispiel nach Libyen.

Wie viele Bürger der Vereinigten Staaten von Amerika oder des Vereinigten Königreichs wissen jedoch, dass der Iran zehnmal so viele Einwohner hat wie Libyen? Wie viele wissen, dass der Iran ein teilweise demokratischer, technisch kompetenter Staat ist, ohne Geschichte von Überfällen auf seine Nachbarn, keine Diktatur unter der Führung eines las-

terhaften Lümmels. Ungefähr gleich viele. Wie viele können sich ausrechnen, dass der Krieg nicht nach ein paar Tagen Luftangriffen enden würde? So gut wie keine.

Die interessante Ausnahme von dem allem bildet Israel, wo den Menschen diese Dinge bekannt sind und wo es eine heftige Debatte gibt, ob ein Angriff auf den Iran wirklich eine gute Idee ist. Viele finden das nicht, unter diesen die beiden israelischen Geheimdienste Mossad und Shin Bet. Meir Dagan, der vor kurzem in den Ruhestand gegangene Chef des Mossad, sagte im letzten Januar, dass ein Angriff auf den Iran «die dümmste Idee» sei, die er je gehört habe.

So sind der israelische Premierminister Benjamin Netanyahu und Verteidigungsminister Ehud Barak, welche beide den Iran angreifen (oder besser, die USA das für sie erledigen lassen) wollen, an die Öffentlichkeit gegangen. Wenn die Mächte des Westens nicht umgehend handeln, so warnen sie, wird der Iran zu Atomwaffen kommen und Armageddon wird schon um die Ecke lauern.

Diese Behauptung hat zwei Fehler. Einer sind die Beweise. Wenn man das alles glaubt, dann sieht es so aus, dass der Iran das Know How und die Ausstattung haben will, um möglichst rasch eine Atomwaffe bauen zu können, falls nötig: eine atomare Bedrohung durch Israel, ein Militärputsch im nuklear bewaffneten Pakistan, der junge, Schiiten hassende Offiziere an die Macht bringt, oder was immer auch.

Die Beweise zeigen nicht, dass der Iran tatsächlich zur Zeit eine Atomwaffe baut oder auch nur die Absicht

Fortsetzung Seite 2

## Schweizer Kulturschaffende boykottieren Israel

### «Wir weigern uns, Komplizen zu sein!»

2005 veröffentlichten palästinensische KünstlerInnen eine Resolution, die ihre KollegInnen weltweit zur Solidarität aufforderten. Wie bereits gegen das Apartheidsregime in Südafrika, soll die israelische Regierung unter Druck gesetzt werden, endlich Gleichberechtigung und Selbstbestimmungsrecht der PalästinenserInnen anzuerkennen, die Rückkehr der Vertriebenen zu ermöglichen und Besatzung und Apartheid zu beenden.

Mit dem Festival Culturescapes Israel 2011 lancierte der Staat Israel in der Schweiz von September bis November eine breite Imagekampagne. Gleichzeitig wurden im Rahmen der «Swiss Season», die zu Culturescapes gehört, Schweizer Künstlerinnen und Künstler eingeladen, ihre Werke in Israel in angesehenen Lokalisationen zu präsentieren.

Über 130 Kulturschaffende vorab aus der französischen Schweiz haben sich nun aus diesem Anlass mit dem Boykott-Aufruf aus Palästina solidarisiert und begründen in einer u.a. von Alain Tanner, Jean-Luc Bideau und Michel Bühler unterzeichneten Erklärung warum sie sich dem Boykott von Culturescapes und Swiss Season anschliessen. Sie schreiben:

«Das schmeichelhafte Bild eines Landes, in dem sich Kreativität frei entfalten kann, das Israel von sich unterhält, steht im Widerspruch zur Lebensrealität des palästinensischen Volks: Den Flüchtlingen wird nach wie vor das Rückkehrrecht verweigert, die PalästinenserInnen in Israel werden rechtlich und kulturell ausgegrenzt; der Gazastreifen ist weiterhin abgeriegelt, das Westjordanland und Ostjerusalem sind militärisch besetzt. Ungeachtet aller Proteste treibt Israel

völkerrechtswidrig die Kolonisierung und den Bau der Apartheidmauer im Westjordanland und Jerusalem weiter. Wir erkennen in dieser Politik Züge eines Apartheid-Regimes im völkerrechtlichen Sinn des Wortes.

Um sich gegen diese Unterdrückung zu wehren und die Straflosigkeit zu bekämpfen, die der Staat Israel seitens der Grossmächte genießt, hat die palästinensische Zivilgesellschaft einen Solidaritätsaufruf zu Boykott, Fortsetzung Seite 2

## Blick entlarvt (k)einen Trottel

-rumo. Vielleicht mögen sie sich erinnern. Vor ein paar Wochen die grosse Schlagzeile im Blick:

«Entlarvt: Das ist der Petarden-Trottel von Rom».

Was ist geschehen? Ein junger Fussballanhänger hat beim Auswärtsspiel des FCZ in Rom, eine Knallpetarde mit einer Pyrofakel verwechselt. In der Folge verletzte sich der junge Mann massiv, es zerfetzte ihm die Hand und er verlor drei Finger. Blick berichtete tagelang und machte den Jungen und seine Umgebung nach Strich und Faden fertig. Veröffentlichte Fotos von ihm und dem Haus wo er wohnt. Blick ist heute noch stolz auf diese Tat und rechtfertigt sich mit dem Kampf gegen Gewalt in den Fussballstadien. Blick will den Pranger.

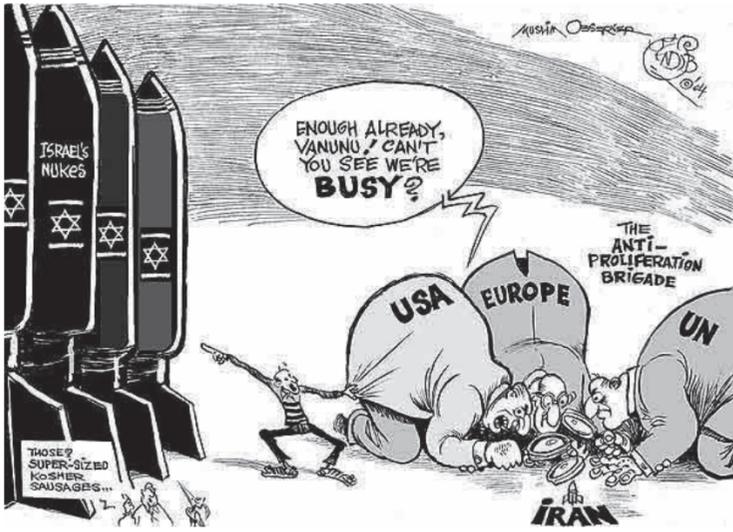
Andere Geschichte, sowohl zeitgleich als auch alltäglich. Nehmen Sie irgendein ehemaliges oder gegenwärtiges Kriegsgebiet. Hier liegen ganz andere Knallkörper unkontrolliert auf den Feldern herum. Hier verlieren Erwachsene und Kinder nicht nur drei Finger, sondern ihr Leben. Hier zerfetzt es Gliedmassen und Leiber von unschuldigen Zivilisten, meist Bauern. Diese Petarden sind Landminen und Streubomben. Sie wurden von Militär-Trotteln nicht etwa verwechselt, sondern mit Absicht ausgebracht.

Die Schweiz besitzt in ihrem Arsenal ebenfalls eine ganze Menge Streubomben. Wo sollen die aber ausgebracht werden? Im Ausland? Wohl eher im Inland. So richtig tolle Aussichten für unsere Bauern.

Nun hätte die Schweiz die Möglichkeit, dem internationalen Abkommen beizutreten, das Streubomben verbietet. Was aber macht die nationalrätliche Kommission: mit knappem Mehr von SVP, FDP und CVP wird ein Streubombenverbot abgelehnt.

Und was macht der Blick? Entlarvt er die Streubomben-Trottel? Zeigt er auf, dass hier Leute am Werk sind, die über Leichen gehen auch wenn es ihre eigenen Wähler sind?

Deshalb braucht es nach wie vor Zeitungen wie «Unsere Welt». Um die Herausgabe weiterhin zu ermöglichen bitten wir Sie um ihre Unterstützung. Schweizerische Friedensbewegung SFB, 4001 Basel, PC 40-1627-7



«Lass es endlich sein, Vanunu! Siehst Du nicht, dass wir beschäftigt sind?» (Vanunu ist der Israelische Nuklear-Ingenieur, der die Weltöffentlichkeit harnäckig auf das Israelische Atomwaffen-Programm hinwies und deshalb lange Jahre in israelischen Kerkern einsass.)

«Schande über mich»...

Fortsetzung von Seite 1

hat, das zu tun. Und das Know-How zu besitzen und die Ausstattung, die das im Notfall möglich machen würde, ist völlig legal unter den Statuten der IAEA.

Das andere Problem mit den Anschuldigungen gegen den Iran ist die Logik dahinter. Jetzt eine Atomwaffe zu bauen, käme den Iran extrem teuer im Hinblick auf wirtschaftliche Sanktionen, weltweite Isolierung und ähnliche Folgen, wenn das bekannt würde. Vom Standpunkt der Abschreckung aus gesehen wäre eine Geheimhaltung jedoch total sinnlos.

Abschreckung ist der einzige logische Grund, warum der Iran je nukleare Waffen besitzen wollen könnte, da es selbstmörderisch wäre, jemand anderen damit anzugreifen. Wie Mahmoud Ahamadinejad feststellte (siehe oben), würde der Iran höchstens ein paar wenige Atomwaffen haben. Die Vereinigten Staaten von Amerika besitzen Tausende davon, Israel hat Hunderte, und sogar Pakistan verfügt über Dutzende.

Dächten die Führer des Iran völlig logisch, verschwendeten sie keine Minute mit Gedanken an nukleare Abschreckung. Sie würden sich auf die Tatsache stützen, dass ihr Militär

den (Persischen) Golf komplett für den Erdöltransport sperren und die Weltwirtschaft in die Knie zwingen kann, falls sie jemand angreift. Sie sind jedenfalls viel vernünftiger als ihre Gegenspieler im Westen – oder zumindest als sich ihre Gegenspieler im Westen in der Öffentlichkeit zu erscheinen leisten können.

Sie haben von diesem Wortwechsel zwischen dem französischen Präsidenten Nicolas Sarkozy und dem Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika Barack Obama gehört, der vor kurzem über ein nicht abgeschaltetes Mikrofon hinausging? Sarko sagte: «Ich kann ihn (Netanyahu) nicht mehr aushalten. Er ist ein Lügner.» Worauf Obama antwortete: «Du hast die Nase voll von ihm? Ich habe jeden Tag mit ihm zu tun.» In welcher Angelegenheit? Sie können zehn zu eins darauf wetten, dass es um die Bombardierung des Iran geht.

Gwynne Dyer ist kanadischer Journalist und Buchautor. Der promovierte Historiker lehrte an der Royal Military Academy in Sandhurst, bevor er in den siebziger Jahren als freier Experte und Journalist für Zeitungen, Radio und Fernsehsender tätig wurde. Jüngstes Buch auf Deutsch: Schlachtfeld Erde. Klimakriege im 21. Jahrhundert, Stuttgart 2010.

Quelle: antikrieg.com

Boycott...

Fortsetzung von Seite 1

Desinvestitionen und Sanktionen gegen den Staat Israel lanciert (BDS). Ein gewaltfreier Boycott, der breite Unterstützung genießt, ist ein effizientes Mittel, Druck auf die Machthaber auszuüben. Israelische Unternehmen wie Agrexco, die in den besetzten Gebieten landwirtschaftliche Produkte hergestellt hat, oder der Multi Veolia, der am Bau der Schnellbahn zwischen den illegalen Siedlungen rund um Jerusalem und Israel beteiligt ist, konnten durch die BDS-Bewegung erfolgreich unter Druck gesetzt werden. BDS wird auch von israelischen BürgerInnen, die in der Gruppe «Boycott from Within» zusammengeschlossen sind, unterstützt. Sie verfolgen ihre Aktivitäten ungeachtet des kürzlich vom israelischen Parlament beschlossenen Anti-Boycott-Gesetzes weiter.

Palästinensische KünstlerInnen und Intellektuelle haben sich ihrerseits mit dem Palästinensischen Aufruf zum kulturellen und akademischen Boycott Israels (PACBI) an ihre KollegInnen in der ganzen Welt gerichtet. Bekannte Persönlichkeiten wie John Berger, Eduardo Galeano, Arundhati Roy, Henning Mankell, Brian Eno, Bjork, Massive Attack, Carlos Santana, Elvis Costello, Mike Leigh und Ken Loach haben positiv darauf reagiert. Die momentane Charmeoﬀensive Israels in der Schweiz bietet

eine Gelegenheit, unsererseits auf den palästinensischen Solidaritätsaufruf zu reagieren.

Im Bewusstsein unserer politischen Verantwortung als KünstlerInnen und BürgerInnen unterstützen wir den Boycott und verpflichten uns, jede Einladung auszuschlagen, unsere Arbeiten in Israel zu präsentieren. Wir sind nicht bereit, uns zu Komplizen der israelischen Politik zu machen, solange Israel die Besatzung und Kolonisierung der palästinensischen Gebiete fortsetzt, den palästinensischen BürgerInnen Israels gleiche Rechte vorenthält und den palästinensischen Flüchtlingen das Recht auf Rückkehr verweigert.»

Quelle: bds-info.ch



US-Regierung hält Kriegskosten vor den eigenen Landsleuten verborgen

Wer gewann den Irakkrieg?

Erinnern Sie sich an den schmutzigen Funktionär des Pentagon Paul Wolfowitz, einen führenden Architekten des Irak-Krieges? Er sagte schlagfertig voraus, dass der Einmarsch in den Irak die USA bloss \$40 Milliarden kosten und durch die Ausbeutung von dessen Erdöl bezahlt werden würde. Jetzt, wo die Truppen heimkommen, ist es für den US-albanischen Journalisten Eric Margolis Zeit, die Kosten zu berechnen.

Von Eric S. Margolis

Im Oktober 2002 schrieb ich für die erste Nummer von The American Conservative eine Analyse des bevorstehenden Irakkrieges unter dem Titel «Der Weg in den Wahnsinn.» Ich bemerkte: «Ein Krieg, der keine klaren politischen Vorgaben erreichen kann, ist bloss eine Übung in Gewalt und Zwecklosigkeit.»

Das Weisse Haus begann eine lautstarke, durch und durch schamlose Propagandakampagne über angebliche Bedrohungen von Amerika und der Welt durch Präsident Saddam Husseins nicht existierende Massenvernichtungswaffen. Die Neokonservativen der Regierung Bush spielten eine führende Rolle bei der Entwicklung des Irakkonflikts. Medien agierten als Megaphone für die Kriegspartei. Aufgrund des Trommelfeuers von Lügen und Halbwahrheiten glaubten über 80% der Amerikaner, dass Saddam Hussein hinter dem 9/11 steckte.

Ein paar Beobachter, die George W. Bushs Drängen zum Krieg zu kritisieren wagten, darunter der Verfasser dieses Artikels, wurden denunziert als «unamerikanisch», «Verräter» oder Apologeten Saddams – in meinem Fall reichlich überzogen, nachdem 1991 die irakische Geheimpolizei gedroht hatte, mich als israelischen Spion zu hängen.

In den Irak einzumarschieren würde für alle Beteiligten eine Katastrophe sein, sagte ich voraus, ausser für Israel, das zuschauen konnte, wie ein potentieller nuklearer Rivale und die technisch am höchsten entwickelte arabische Nation von der Macht der Vereinigten Staaten von Amerika zermalmt wurde. Der Iran würde sich freuen über die Vernichtung des verhassten Saddam, der die islamische Republik mit Unterstützung der Vereinigten Staaten von Amerika und deren arabischen Ölverbündeten überfallen hatte.

«Bush täuscht sich, wenn er meint, dass der Irak zu einem weiteren unterwürfigen amerikanischen Protektorat gemacht werden kann wie Kuwait oder Bahrain. Er treibt es zu weit mit dem Imperium,» schrieb ich. Ich blieb auch dabei, dass der Irak über keine Massenvernichtungswaffen verfüge.

Tödliches Embargo

In der Folge wurde der Irak, ein Land mit nur 24 Millionen Einwohnern, von der militärischen Gewalt der Vereinigten Staaten von Amerika zerschmettert. Der Krieg vernichtete grosse Teile dieses ehemals fortgeschrittenen Landes, das bereits durch ein 12 Jahre dauerndes Wirtschaftsembargo unter Führung der USA und tägliche Bombardierungen verwüstet worden war.

Absurderweise durfte der Irak während dieser Zeit nicht einmal Bleistifte für seine Schulen bekommen, da diese irgendwie zu Massenvernichtungswaffen hätten gemacht werden können. Während des Golfkriegs 1990-91 hatte die US-Luftwaffe die meisten irakischen Wasseraufbereitungsanlagen und Abwassersysteme zerstört. Dem Irak wurden nun Importe von Chlor verwehrt, um das verschmutzte Wasser zu reinigen. Laut einem UNO-Bericht war das Ergebnis wirkliche Massenvernichtung: 500.000 Kinder starben an Krankheiten, die durch verschmutztes Wasser übertragen werden und an dem Mangel an Medikamenten.

Der Sturz von Saddams sunnitisch geführtem Regime öffnete eine religiös-ethnische Büchse der Pandora im Irak, einem vom imperialen Britannien künstlich geschaffenen Staat aus Sunniten, Schiiten, Juden und Kurden, der seine neu entdeckten mesopotamischen Erdölfelder umfassen sollte.

In einem höchstgradig idiotischen Akt feuerte der amerikanische Prokonsul Paul Bremer alle militärischen und zivilen Funktionäre der Baath-Partei und demontierte damit die irakischen Regierungsorgane. Als die Streitkräfte der Vereinigten Staaten von Amerika es nicht schafften, den heftigen Widerstand der sunnitischen Kämpfer zu brechen, zerschlug angeblich eine lautstark angepriesene Truppen«aufstockung» den Aufstand. Das ist ein politisches Märchen der Republikaner.

Die Römer pflegten zu sagen divide et impera. Teile und herrsche. In Wirklichkeit wurde der sunnitische Widerstand gebrochen durch ethnische Säuberungen: der Einsatz von schiitischen Todesschwadronen, die unsägliche Barbareien gegen die Sunniten verübten und zu vier Millionen Flüchtlingen führten, die Hälfte davon wurde ins Ausland vertrieben. Millionen Dollars amerikanischer Bestechungsgelder erkaufen zeitweise ein Stillhalten anderer sunnitischer Kämpfer.

Die Rechnung des Schlächters für die Eroberung des Irak und dessen riesiger Erdölfelder: mindestens 4 483 getötete Soldaten der Vereinigten Staaten von Amerika und über 33 000 schwer verwundeter, viele mit Gehirnverletzungen. Schätzungen getöteter Iraker reichen von 112 000 bis über eine Million. Das Pentagon kennt die Zahlen, gibt sie aber nicht heraus.

Erinnern Sie sich an den schmutzigen Funktionär des Pentagon Paul Wolfowitz, einen führenden Architekten des Krieges? Er sagte schlagfertig voraus, dass der Einmarsch in den Irak bloss \$40 Milliarden kosten und durch die Ausbeutung von dessen Erdöl bezahlt werden würde.

Falsch. Wolfies netter kleiner Krieg hat bisher \$ 1 Billion gekostet. Trotz der Verminderung der Soldaten der Vereinigten Staaten von Amerika im verbleibenden Besatzung und des von Amerika installierten Regimes in Bagdad enorm teuer. Ein grosser Teil der Kosten steckt verborgen im \$54,1 Milliarden schweren «schwarzen» Budget der CIA.

Die Regierungen Bush und jetzt Obama haben die Kriegskosten vor den Amerikanern verborgen gehalten, indem sie sich weigerten, diese mit Steuergeldern zu bestreiten. Statt dessen wurden die gesamten Kosten dieses Konflikts in die steigenden Staatsschulden übernommen, was es kommenden Generationen überlässt, für Bushs Wahnsinn zu bezahlen.

Mittlerweile schafften vom Iran unterstützte schiitische Milizen den Aufstieg in Bagdad. Gefälschte Wahlen erbrachten ein gefügiges schiitisches Regime und erlaubten Washington, die Einführung der Demokratie im Irak auszuposaunen – die selbe Art von «Demokratie,» die es lange in Mubaraks Ägypten gefördert hatte.

Im Norden errichteten die von den Vereinigten Staaten von Amerika und von Israel unterstützten Kurden einen praktisch unabhängigen Erdölstaat,

der Washingtons Alliierten Türkei in Rage brachte. Der irakische Hump-ty Dumpty ist zerbrochen und wird nicht leicht wieder zusammengefügt werden können.

Zu der erwarteten irakischen Erdölbönanza ist es nie gekommen. Heute fördert der Irak weniger Erdöl als unter Saddam. Dieser hatte die grossen Erdölkonzerne hinausgeworfen, jetzt schleichen die grossen Ölkonzerne der Vereinigten Staaten von Amerika und andere ausländische Ölfirmen zurück und hoffen, die Reichtümer des Irak auszubeuten. Rund 34.000 Wachleute sind angestellt, um die irakischen Pipelines zu schützen. Vielleicht kann Libyens «befreites» Erdöl einigen Ärger über irakisches Erdöl besänftigen.

Obamas Hütchenspiel

Präsident Obama hat versprochen, dass alle Kampftruppen der Vereinigten Staaten von Amerika den Irak mit Ende 2011 verlassen werden. Wir haben es hier allerdings mit einem Hütchenspiel zu tun. Zwei oder mehr schwer bewaffnete Kampfbrigaden bewegen sich nur ein paar Stunden nach Süden in neue Stützpunkte in Kuwait, wo sie bereit stehen, um dem lahmen Malikiregime in Bagdad falls erforderlich auf die Beine zu helfen.

Washington versucht, 10 000 bis 20 000 Kampfsoldaten im Irak zu behalten, umgetauft zu «Ausbildern» und «Antiterrorkräften». Der Irak hat sich quergelegt, kann aber noch klein beigegeben. Die neue riesige, schwer gesicherte Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika in Bagdad wird 16 000 Beschäftigte aufweisen und eine eigene Söldner-Privatarmee. Was mit den weiteren 100 000 bezahlten Söldnern im Irak geschieht, ist noch ungewiss. Sicher ist: \$34 Milliarden Hilfsgelder, die durch Betrug in Irak und Afghanistan verschwunden sind, werden nie wieder auftauchen.

Im ebenen ausgetrockneten Mittleren Osten ist die Lufthoheit von entscheidender Bedeutung. Der wichtigste Hinweis auf die Zukunft des Iraks wird sein, wer seinen Luftraum kontrolliert. Die Vereinigten Staaten von Amerika werden das weiterhin tun von Kuwait und anderen Stützpunkten am Golf, gerade wie das imperiale Britannien Irak mit der Luftwaffe ihrer Majestät RAF beherrschte. Bagdad wird nicht wirklich unabhängig sein, ehe es seinen eigenen Luftraum beherrscht und wieder eine eigene Luftwaffe besitzt.

Was kommt also unter dem Strich heraus von der «Befreiung des Irak?»

\$1 Billion ausgegeben. Brennender Hass auf Amerika in der muslimischen Welt. Animosität in Europa, das vor Bushs modernem Kreuzzug gewarnt hat. Riesige Ausgaben in der Zukunft, um ein gefügiges irakisches Regime an der Macht zu halten, während die anti-amerikanische Stimmung dort kocht. Ein riesiger Aufschwung für den regionalen Einfluss des Iran. Tod und Verwundungen von tausenden amerikanischen Soldaten.

Der ursprüngliche Plan, das Erdöl des Iraks zu beherrschen und Stützpunkte einzurichten, um den Mittleren Osten zu beherrschen, ist bisher daneben gegangen, zu titanischen Kosten. Wenn wir zurückblicken auf diesen epischen Wahnsinn, und wieder die Rufe nach einem Krieg gegen den Iran hören, fallen uns die berühmten Worte des Königs Pyrrhus von Epirus ein: «Noch so ein Sieg, und wir sind verloren.»

Eric Margolis ist ein albanisch-amerikanischer Journalist und schreibt u.a. für die New York Times. Der hier abgedruckte Kommentar von Margolis erschien am 21. November 2011 auf «The American Conservative». Quelle: www.antikrieg.com



Banknote aus der Zeit der Weimarer Republik. Foto bpb

## Israels Demokratie unter Beschuss

# Weimar wiederholt sich

Israels Demokratie stehe unter Belagerung, meint der israelische Friedensaktivist Uri Avnery. Die Angreifer seien Mitglieder von Benjamin Netanjahus Regierungskoalition, die halbfaschistische und offen faschistische Elemente einschliesse.

### Von Uri Avnery

«Du und dein Weimar!» rief einmal einer meiner Freunde ärgerlich aus, «nur weil du selbst den Zusammenbruch der Weimarer Republik als Kind miterlebt hast, siehst du hinter jeder Ecke Weimar.»

Die Anklage war nicht ganz unberechtigt. 1960, während des Eichmann-Prozesses schrieb ich ein Buch über den Zusammenbruch der deutschen Republik. Sein letztes Kapitel hiess: «Es kann auch hier geschehen.» Seit damals komme ich immer wieder einmal auf diese Warnung zurück.

Aber jetzt bin ich nicht mehr allein damit. Während der letzten paar Wochen tauchte der Name Weimar in den Artikeln vieler Kommentare auf.

Er sollte in riesigen Buchstaben an die Wände gesprüht werden.

Israels Demokratie steht unter Belagerung. Keiner kann dies ignorieren. Es ist das Hauptthema in der Knesset, die den Angriff anführt, und in den Medien, die sich unter den Opfern befinden.

Dies geschieht nicht in den besetzten Gebieten. Dort hat es nie eine Demokratie gegeben. Besatzung ist das direkte Gegenteil von Demokratie: eine Verweigerung aller Menschenrechte, des Rechts auf Leben, Freiheit, Bewegung, fairen Prozess und freie Meinungsäußerung, geschweige denn nationale Rechte.

Nein, ich meine das eigentliche Israel, das Israel innerhalb der Grünen Linie, die «einzige Demokratie im Nahen Osten».

Die Angreifer sind Mitglieder von Benjamin Netanjahus Regierungskoalition, die halbfaschistische und offen faschistische Elemente einschliesst. Netanjahu selbst versucht, diskret im Hintergrund zu bleiben, aber es kann keinen Zweifel geben, dass jedes einzelne Detail mit ihm abgesprochen wurde.

In den ersten zwei Jahren dieser Koalition waren die Angriffe sporadisch. Doch jetzt sind sie bestimmt, systematisch und koordiniert.

Im Augenblick greifen die antidemokratischen Kräfte auf breiter Front an. Die drei Hauptpfeiler der Demokratie – die Gerichte, die Medien und die Menschenrechtsorganisationen – sind unter gleichzeitigem, tödlichem Angriff. (Denk an Weimar!)

Der Oberste Gerichtshof ist die Bastion der Demokratie. Israel hat keine Verfassung, die Knessetmehrheit ist total hemmungslos, nur das Gericht kann (wenn auch zögerlich)

die Annahme antidemokratischer Gesetze verhindern.

Ich bin kein blinder Bewunderer des Gerichtes. In den besetzten Gebieten ist er ein Arm der Besatzung, konzentriert auf die «nationale Sicherheit», die die schlimmsten Ereignisse billigt.

Nur in seltenen Fällen hat es sich gegen die schlimmsten Praktiken ausgesprochen. Aber im eigentlichen Israel ist es ein hartnäckiger Verteidiger der Bürgerrechte.

Die extremen Rechten in der Knesset sind entschlossen, dem ein Ende zu setzen. Ihr Mann an der Spitze ist der Justizminister, der von Avigdor Lieberman ernannt wurde. Er ist dabei, eine Reihe von skandalösen Gesetzesvorlagen ad hominem durchzuboxen. Eine von ihnen ist dafür bestimmt, die Zusammensetzung des öffentlichen Komitees, das die Richter wählt, zu verändern - und zwar mit der unverschleierte Absicht, die Ernennung eines besonderen Richters vom rechten Flügel ins Oberste Gericht zu bringen.

Eine andere Gesetzesvorlage hat den unverhüllten Zweck, die bestehenden Gerichtsregeln zu verändern, um einen gewissen «konservativen» Richter auf den Stuhl des Gerichtspräsidenten zu bringen. Der erklärte Zweck ist, die Herrschaft eines unabhängigen Gerichtes aufzuheben, das wagt, wenn auch nur in seltenen Fällen, die «verfassungswidrigen» Gesetze, die von der Knessetmehrheit erlassen wurden, zu blockieren. Sie wollen, dass das Gericht «den Willen des Volkes vertritt» (Man erinnere sich an Weimar!).

Bis jetzt – seit den ersten Tagen des Staates – wurden die Richter praktisch von einer Kooptation gewählt. Das hat 63 Jahre lang perfekt funktioniert. Um Israels Oberstes Gericht beneiden uns viele Länder. Jetzt ist dieses System in tödlicher Gefahr.

Eine andere Gesetzesvorlage hätte die Kandidaten für das Oberste Gericht gezwungen, sich vor einem Knesset-Komitee einem Verhör auszusetzen, um seine Zustimmung zu erhalten. Dem Komitee sitzt ein anderer Politiker, der von Lieberman ernannt worden war, vor. Im letzten Augenblick wurde diese Vorlage von Netanjahu selbst zurückgehalten. Er hatte schon seine Billigung gegeben, schrak dann aber vor der allgemeinen Verurteilung zurück – und steht nun als Verteidiger der Demokratie da.

Der Vorstand des juristischen Komitees der Knesset, der wie gesagt

von Lieberman ernannt wurde, ist dabei, diese Gesetze übereilt durch sein Komitee zu bringen – im Widerspruch zu den üblichen Prozeduren. In einer stürmischen Sitzung in dieser Woche hat ihn ein weibliches Mitglied einen «groben Rowdy» genannt. Er erwiderte: «Du bist nicht einmal eine Kuh.»

### Das Gericht hat keine Divisionen

Ein minimaler Zweck dieser Gesetzesvorlagen ist, die Richter einzuschüchtern, damit sie die anderen erlassenen antidemokratischen Gesetzesvorlagen, nicht mit einem Veto belegen. Man sagt, dass die Auswirkungen schon zu spüren sind.

In mehreren berühmten Fällen missachtet die Regierung offen die Order des Obersten Gerichtshofes, besonders was die Evakuierung von Siedlungsaussenposten betrifft, die auf Land gebaut wurden, das palästinensischen Bauern gehört.

Wer wird das Gericht verteidigen? Der frühere Gerichtspräsident Aharon Barak, der von den Rechten wegen seines bahnbrechenden «juristischen Aktivismus» gehasst wurde, sagte mir einmal: «Das Gericht hat keine Divisionen. Seine Macht beruht allein auf der Unterstützung der Öffentlichkeit.»

Der Angriff auf die Medien begann schon früher, als der amerikanische Kasinobaron Sheldon Adelson, ein naher Freund von Netanjahu, begann, ein tägliches Boulevardblatt herauszugeben zu dem ausdrücklichen Zweck, Netanjahu zu helfen. Es wird kostenlos verteilt und ist jetzt die am weitesten verbreitete Zeitung im Land, die nun die Existenz aller anderen bedroht (sie aber auch besticht, indem er ihnen riesige Druckaufträge gibt.) Geld ist kein Problem. Riesige Summen werden ausgegeben.

Und das war nur der Anfang. 1965 hat die Laborpartei-Regierung ein neues Verleumdungsgesetz herausgegeben (das buchstäblich das «Gesetz der bösen Zunge» genannt wurde), das klar dafür bestimmt war,

dem Massennachrichten Magazin «Haolam Hazeh», das ich herausgab, einen Maulkorb anzulegen. Es hatte in Israel den Enthüllungsjournalismus eingeführt. Ich wandte mich an die Öffentlichkeit, damit sie mich aus Protest in die Knesset schicken sollte, und 1,5% der Wähler waren wütend genug, um dies zu tun.

Nun will die Bande vom rechten Flügel in der Knesset dieses Anti-Mediengesetz noch verschärfen.

Die neue Änderung gewährt jedem bis zu 100 000 Euro Schadenersatz, der behauptet, durch die Medien geschädigt worden zu sein, ohne dass er überhaupt Schaden nachweisen muss. Für Zeitungen und TV-Kanäle, die sich schon jetzt in einer prekären finanziellen Situation befinden, bedeutet dies, dass sie besser alle investigativen Berichte und jede Kritik an einflussreichen Politikern und Magnaten aufgeben.

Die neuen Winde werden schon gespürt. Journalisten und TV-Editoren werden eingeschüchtert. In dieser Woche gab ein Programm im Kanal 10, der als der liberalste angesehen wird, fünf Minuten lang ein Lied zum Besten, das den verstorbenen «Rabbi» Meir Kahane glorifizierte Er war vom Obersten Gericht als Faschist bezeichnet worden, und seine Organisation wurde verboten, weil sie befürwortete, was das Gericht «Nürnberger Gesetze» nannte. Ein bekennendes Mitglied dieser Organisation, das noch lebt und unter einem anderen Namen läuft, ist heute ein lautstarkes Mitglied in der Knesset. (Man denke an Weimar!)

Eine Säuberung unter TV-Journalisten ist schon im Gange. Ein Direktor nach dem anderen von TV-Kanälen wird von bekannten Rechten ersetzt. Es wird von der Regierung offen zugegeben, dass die Regierung die Schliessung von Kanal 10 erzwingen würde (durch Abrufung ausstehender Schulden) wenn nicht ein bestimmter Journalist gefeuert würde. Obwohl er sonst ein Typ des Establishments ist, hat er Netanjahu geärgert, als er seinen und seiner Frau luxuriösen Reisetil auf Regierungskosten öffentlich gemacht hatte.

### Opposition zum Schweigen bringen

Zur selben Zeit werden Menschenrechts- und Friedensgruppen schwer angegriffen. Die Knessetbande liefert eine Gesetzesvorlage nach der anderen, um sie zum Schweigen zu bringen.

Eine Gesetzesvorlage ist schon unterwegs; sie verbietet Menschenrechtsorganisationen, Spenden von ausländischen Regierungen und «staatsähnlichen Organisationen» wie die UN und die EU anzunehmen. Rechte Organisationen empfangen natürlich riesige Summen Geld von jüdisch-amerikanischen Milliardären, die die Siedlungen sponsern (die auch indirekt vom US- Finanzministerium finanziert werden, da sog. «Wohltätigkeitsorganisationen» der Siedlungen von Steuern befreit sind).

Das Gesetz, das auf Organisationen und Individuen riesige Entschädigungssummen legt, die einen Boykott auf Siedlungsprodukte befürworten, ist schon in Kraft. Die Anhörung eines Gesuches wegen Unterdrückung

politischen Protestes, das von Gush Shalom dem Obersten Gericht vorgelegt wurde, ist vom Gericht immer und immer wieder vertagt worden.

Der parlamentarische Terrorismus wird von zunehmender Gewalt der faschistischen Banden aus den Siedlungen begleitet. Diese SA-ähnlichen Banden nennen ihre Aktionen «Preis-schild». Gewöhnlich reagieren sie auf Einzelfälle der Armee, die ein paar «illegale» Gebäude in einer Siedlung demolieren, indem sie ein benachbartes palästinensisches Dorf angreifen, in einer Moschee Feuer legen oder das ausführen, was man nur als Pogrom bezeichnen kann. (Man denke an Weimar!)

Martin Niemöller, ein deutscher U-Boot-Kapitän und später pazifistischer Pastor, der von den Nazis in ein KZ geworfen wurde, prägte die berühmte Klage: «Als die Nazis die Kommunisten abholten, habe ich geschwiegen, ich war ja kein Kommunist. Als sie die Juden holten, habe ich geschwiegen, ich bin ja kein Jude. Als sie die Sozialdemokraten einsperrten, habe ich nicht protestiert. Ich war ja kein Sozialdemokrat. Als sie mich holten, gab es keinen mehr, der protestierte.»

Wovon wir jetzt Zeugen werden, ist kein isolierter Angriff auf das eine oder andere Menschenrecht – was wir sehen, ist ein allgemeiner Angriff auf die Demokratie als solche. Vielleicht können nur Leute, die eine faschistische Diktatur erlebten, voll und ganz realisieren, was das bedeutet.

### Tel Aviver Republik?

Natürlich bedeuten Ähnlichkeiten zwischen dem Zusammenbruch der deutschen Republik und dem Prozess im heutigen Israel nicht, dass der weitere Verlauf derselbe sein muss. Der Nationalsozialismus war auf viele Weisen einzigartig. Das Ende der wirklichen Demokratie kann durch verschiedene Systeme erfolgen. Es gibt viele Modelle: Ceaucescu, Franco, Putin.

Sicherlich gibt es keine Ähnlichkeiten zwischen der kleinen deutschen Stadt Weimar und Tel Aviv. Ausser vielleicht der Tatsache, dass viele Häuser in Tel Aviv zur Bauhaus-Architekturschule gehören – die aus Weimar kam.

Weimar war einmal ein kulturelles Zentrum, wo Genies wie Goethe und Schiller ihre Meisterwerke schrieben. Die Deutsche Republik, die 1919 nach dem 1. Weltkrieg gegründet wurde, bekam diesen Namen, weil die Nationalversammlung, die ihre sehr progressive/fortschrittliche Verfassung verkündete, hier stattfand.

Nach diesem Vorbild könnte der gefährdete demokratische Staat Israel, dessen Unabhängigkeits-erklärung 1948 hier in Tel Aviv unterzeichnet wurde, Tel Aviver Republik genannt werden.

Wir sind noch nicht im Jahr 1932. Die Sturmsoldaten ziehen noch nicht durch unsere Strassen. Wir haben noch etwas Zeit, die Öffentlichkeit gegen die lauernde Gefahr zu mobilisieren. Die Demonstration, die in dieser Woche in Tel Aviv gegen die Entdemokratisierung Israels stattfinden wird, mag ein Wendepunkt sein.

(Aus dem Englischen: Ellen Rohlf, vom Verfasser autorisiert)



«Besatzung ist das direkte Gegenteil von Demokratie»: Israelische Mauer in Palästina. Foto zibapix.com

Nach Libyen nun der afrikanische Kontinent

# Der Griff nach den Kronjuwelen

Am 14. Oktober 2011 gab Präsident Barack Obama bekannt, dass er US-Spezialtruppen nach Uganda entsandt hat, die in den dortigen Bürgerkrieg eingreifen sollen. In den kommenden Monaten werden US-Kampftruppen auch in den Süd-Sudan, in die Demokratische Republik Kongo und in die Zentralafrikanische Republik geschickt. Obamas Ankündigung, sie würden nur «zur Selbstverteidigung» von ihren Waffen Gebrauch machen, kann bloss als Satire aufgefasst werden. Nachdem man sich Libyen gesichert hat, ist jetzt die Invasion des afrikanischen Kontinents in Vorbereitung.

Von John Pilger

Obamas Entscheidung wird in der Presse als «sehr ungewöhnlich», «unerwartet» und sogar als «seltsam» beschrieben. All das ist sie keineswegs, sie passt genau in die Logik der US-Aussenpolitik seit 1945. Fangen wir mit Vietnam an. Damals ging es darum, den Einfluss Chinas, eines imperialistischen Rivalen, zu begrenzen und Indonesien «zu schützen», das Präsident Nixon als «den reichsten Hort an Bodenschätzen in der ganzen Region, ... den grössten Gewinn» bezeichnete. Vietnam war nur im Weg; das Abschlichten von mehr als drei Millionen Vietnamesen und die Ver-

islamischen Phantom-Feind der USA führt, gegen die zusammengewürfelte Gruppe Al Shabaab in Somalia. (...)

### Alte Rivalität mit China

Der Hauptgrund für den Einfall der USA in Afrika unterscheidet sich nicht von dem, der den Vietnamkrieg auslöste. Dieser Grund war und ist China. In der Welt der sich ständig erneuernden, bereits institutionalisierten Paranoia, die rechtfertigt, was David Petraeus, der frühere US-Kommandeur und jetzige CIA Direktor, verkörpert, herrscht ein dauernder Kriegszustand; jetzt wird gerade die bisher angeblich die USA bedrohende Al-Qaida durch China ersetzt. Als ich

der Westen die Resolution des UN-Sicherheitsrates durchsetzte, die ihm ein «humanitäres Eingreifen» ermöglichte, wurde durch eine kurze Erklärung des Nationalen Übergangsrates (NTC) der «Rebellen» deutlich, über die letztlich in der «Libération» Folgendes zu lesen war: Als Gegenleistung für eine «umfassende und dauerhafte» Unterstützung des NTC erhält Frankreich 35 Prozent der libyschen Erdölproduktion. Als US-Botschafter Gene Cretz letzten Monat im «befreiten» Tripolis wieder die Stars and Stripes hisste, verriet er: «Wir wissen, dass die Ölvorkommen die Kronjuwelen unter den libyschen Bodenschätzen sind!»

Die De-Facto-Eroberung Libyens durch die USA und ihre imperialistischen Partner kündigt eine moderne Version des «Wettlaufs um Afrika» an, der Ende des 19. Jahrhunderts schon einmal stattgefunden hat. (...)

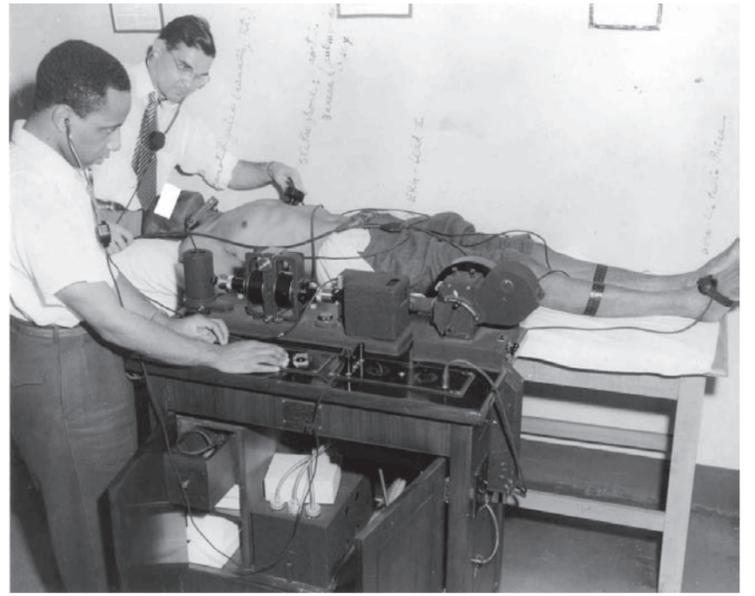
### AFRICOM durch die Hintertüre

Seit mehr als einem Jahrzehnt versuchen die USA ihr (immer noch in Stuttgart) angesiedeltes Regionalkommando AFRICOM auf dem afrikanischen Kontinent zu installieren; bisher wurden sie immer wieder von Regierungen (afrikanischer Staaten) abgewiesen, weil die sich vor (durch die US-Präsenz zu erwartenden) regionalen Spannungen fürchteten. In Libyen und jetzt auch in Uganda, im Süd-Sudan oder im Kongo rechnen sie sich nun grosse Chancen aus. Aus von WikiLeaks veröffentlichten Depeschen und der Nationalen US-Strategie zur Terrorbekämpfung geht hervor, dass die USA im Rahmen eines globalen Planes auch in Afrika 60 000 Soldaten ihrer Special Forces, stationieren wollen, die dort auch als Killertruppen agieren sollen; sie operieren bereits in 75 Ländern, und bald werden es 120 sein. Dick Cheney hat schon in den 1990er Jahren in seiner Verteidigungsstrategie ausgeplaudert, dass die USA einfach nur die Welt beherrschen wollen.

Dass ihm jetzt ausgerechnet Barack Obama, der «Sohn Afrikas», dieses Geschenk machen will, ist doch eine Ironie der Weltgeschichte, oder etwa nicht? Schon Frantz Fanon hat 1952 in «Black Skin, White Masks» darauf hingewiesen, dass es weniger auf die Hautfarbe ankommt, als auf die Macht, der man dient, und auf die Millionen, die man verrät.

John Pilger ist ein berühmter und mit zahllosen Journalismus-Preisen ausgezeichnet australischer Journalist und Dokumentarfilmer. Von 1963–86 war Pilger Leiter der Auslandsredaktion des «Daily Mirror». Seitdem arbeitet er als freier Journalist. Er drehte mehr als 50 Filme und hat in seiner Karriere für viele bekannte englischsprachige Zeitungen geschrieben (z. B. «The Independent», «The Guardian» und «The New York Times»).

Quelle: zmag.de. Übersetzt von Wolfgang Jung



Tuskegee Syphilis Studie nach Mengele-Art: William Bouie und Dr. David Albritton mit unbekanntem menschlichem «Versuchsobjekt». Foto National Archives, Atlanta, GA (1932)

### Forscher und Pharmaunternehmen betreiben Menschenexperimente in Afrika

## Outsourcing...

Eine neue Stellungnahme kritisiert prominente Institutionen und Pharmaunternehmen wie Pfizer, Columbia University, Johns Hopkins University und den Bevölkerungsrat wegen ihrer Beteiligung an unethischen und illegalen Menschenexperimenten.

Von Farid Zakaria

In Anspielung auf Tuskegee, Alabama, wo das Public Health Service (öffentlicher Gesundheitsdienst der USA) zwischen 1932 und 1972 illegale menschliche Experimente durchgeführt hatte, heisst der jüngste Bericht «Nicht-einvernehmliche Forschung in Afrika: Outsourcing von Tuskegee». Damals wurden 600 arme Afroamerikaner in einer Studie über die Entwicklung von unbehandelter Syphilis beobachtet. Einige der Männer wurden absichtlich mit Syphilis infiziert, allen wurde die Heilung versagt. Leider, so der Bericht, wurde niemand für dieses Verbrechen gegen die Menschlichkeit zur Verantwortung gezogen.

Der neue Report nun zeigt detailliert menschliche Experimente auf, die von US-Forschern und Pharmaunternehmen an Afrikanern gemacht werden, die typischerweise ungebildet und arm sind und ihre Rechte nicht kennen. Die menschlichen Versuchsobjekte lässt man häufig im Glauben, dass sie medizinische Behandlung von dem staatlichen Gesundheitswesen oder dem Gesundheitsministerium bekommen.

Diese Praktiken erinnern auch an die schrecklichen Experimente, die von Forschern aus den USA in den 40-er Jahren in Guatemala durchgeführt wurden, wo hunderte Guatemalteken ohne Information oder gar Einverständnis mit Geschlechtskrankheiten infiziert worden waren. Im vergangenen Jahr hat sich Obama formell in Guatemala für diese Experimente entschuldigt.

### Ausser Kontrolle

Menschliche Experimente werden in den USA vom Amt für ForschungsinTEGRITÄT und verschiedenen ethischen Forschungsinstituten geregelt. Viele afrikanische Länder haben keine solche Institutionen. Und wenn sie existieren, dann sind sie nicht unabhängig und werden von korrupten Regierungsbeamten kontrolliert.

Bei einem AIDS-Experiment, gesponsort von Gilead Sciences, dem Zentrum für Krankheits-Kontrolle und der Bill und Melinda Gates Stiftung und durchgeführt von Family Health International, wurden Bürgern in Kamerun Einzelheiten über das Experiment auf Englisch mitgeteilt, obwohl viele nur Französisch verstehen und Analphabeten sind. Fünf Frauen

wurden angeblich mit Aids infiziert, erhielten aber keine antiretrovirale Medizin.

Bei einem anderen Experiment in Nigeria, das von Pfizer-Ärzten durchgeführt wurde, wurden Kinder während einer Hirnhautentzündungsepidemie mit einem Antibiotikum namens Trovan gespritzt, ohne das Einverständnis von deren Familien und ohne sie über die Nebeneffekte und den Zweck des Experimentes zu informieren. Elf Kinder starben und viele wurden gelähmt.

In Südafrika und Namibia werden Mütter mit AIDS routinemässig sterilisiert, ohne ihre Zustimmung einzuholen. Länder, die solche Praktiken anwenden, sind bekannt dafür, Gelder in Form von Darlehen und Anreizen von USAID und anderen Hilfsorganisationen zu erhalten.

### Souhäfteli – Soudecheli

Der Bericht erklärt, dass US-Forscher und Pharmaunternehmen die Gesetze und Protokolle der Erklärung von Helsinki (1964) verletzen und des Belmont Reports, die ethische Richtlinien für Menschenexperimente vorschreiben.

Darüber hinaus werden die Ergebnisse unethischer und gefälschter Experimente in den Vereinigten Staaten und Europa «gewaschen» durch das System der Kollegenkontrolle. Viele der «Kollegen», von denen die Experimente begutachtet werden, sind selbst in das unethische Verhalten verwickelt. Andere befürchten die Möglichkeit professioneller Entfremdung, wenn sie den Mund aufmachen.

Die Autoren stellen mehrere Forderungen auf, damit diese Praktiken beendet werden. Sie umfassen Kongress-Hearings, damit die Sache der Allgemeinheit zugänglich gemacht wird, sowie neue Gesetze, die sicherstellen, dass Medikamente nicht von der FDA [Behörde für die Zulassung von Arzneimitteln in den USA. D. Ü.] nicht zugelassen werden, wenn die Forschung nicht mit den ethischen Forschungsprinzipien übereinstimmt.

Quelle: <http://www.informationclearinghouse.info>. Übersetzung von Einar Schlereth (Tlaxcala)



wüstung und Vergiftung ihres Landes waren der Preis dafür, dass die USA ihr Ziel erreichten. Wie bei allen nachfolgenden Invasionen der USA, die eine Blutspur von Lateinamerika über Afghanistan bis in den Irak gezogen haben, dienten als Vorwand immer nur «Selbstverteidigung» oder «humanitäre Gründe» – zwei Begriffe, die ihres in Wörterbüchern definierten Inhalts längst beraubt wurden.

In Afrika will Obama mit einer «humanitären Mission» der Regierung Ugandas helfen, die Lord's Resistance Army (LRA) zu besiegen, die «in Zentralafrika zehntausende Männer, Frauen und Kinder ermordet, vergewaltigt und gekidnappt hat». Das ist eine exakte Beschreibung der LRA, deren Vorläufer auch im Auftrag der USA schon zahlreiche Gräueltaten begangen haben; bereits in den 1960er Jahren haben sie nach dem von der CIA arrangierten Mord an Patrice Lumumba – dem ersten legal gewählten Ministerpräsidenten, der den Kongo in die Unabhängigkeit geführt hatte – ein Blutbad angerichtet und den von der CIA inszenierten Staatsstreich durchgeführt, der Mobutu Sese Seko, den käuflichsten Tyrannen Afrikas, an die Macht brachte.

Auch Obamas andere Rechtfertigung für den Afrika-Einsatz – Schutz der nationalen Sicherheit der USA – hört sich wie eine Satire an. Die LRA verrichtet ihre schmutzige Arbeit nun seit 24 Jahren, und das hat die USA bisher kaum interessiert. Heute hat sie weniger als 400 Kämpfer und ist schwächer als jemals zuvor. Wenn von der «nationalen Sicherheit der USA» die Rede ist, geht es meistens darum, ein korruptes und repressives Regime zu kaufen, das etwas hat, was Washington gern hätte. Ugandas «lebenslanger Präsident» Yoweri Museveni erhält bereits den grösseren Teil der 45 Millionen Dollar US-Militärhilfe – inklusive Obamas Lieblingsdrohnen. Das ist sein Bestechungsgeld dafür, dass er einen Stellvertreterkrieg gegen den letzten

im letzten Jahr Bryan Whitman, einen Staatssekretär im Pentagon, interviewte, bat ich ihn, die gegenwärtige Bedrohung der USA zu beschreiben. Sichtbar um Worte ringend, wiederholte er mehrmals: «Asymmetrische Bedrohungen ... asymmetrische Bedrohungen.» Damit versuchte er die überbordenden Staatsausgaben für ein riesiges Waffenarsenal, die grösste Militärmacht und das höchste Kriegsbudget der Geschichte zu rechtfertigen. Nachdem Osama bin Laden (und seine Al-Qaida) ausgelöscht sind, übernehmen jetzt die Chinesen deren Rolle.

Afrika war bisher Chinas Erfolgsgeschichte. Während die US-Amerikaner nur Drohnen und Destabilisierung bringen, bauten die Chinesen Strassen, Brücken und Dämme. Dafür wollten sie Bodenschätze, besonders fossile Brennstoffe. Mit Afrikas grössten Ölreserven war Libyen unter Muammar Gaddafi einer der wichtigsten Öllieferanten Chinas. Als der bewaffnete Aufstand ausbrach und die NATO mit der erfundenen Geschichte, Gaddafi plane in Bengasi einen «Völkermord», Stimmung für die «Rebellen» machte, musste China seine 30 000 in Libyen beschäftigten Arbeiter evakuieren. Warum




INFORMATIONSNACHMITTAGE

**BEGLEITEN UND SCHÜTZEN ALS MENSCHENRECHTS-BEOBACHTER/IN**

BERN Sa, 28.1.2012, 13.30 – 16.30 Uhr  
AKI, Alpeneggstrasse 5, Bern

ZÜRICH Sa, 4.2.2012, 13.30 – 16.30 Uhr  
Kulturhaus Helferei, Kirchgasse 13  
(beim Grossmünster), Zürich

PWS, Zürich  
044 272 27 88  
info@peacewatch.ch

PBI, Bern  
031 372 44 44  
info@peacebrigades.ch



Redaktionsschluss dieser Nummer:

25. November 2011

Kuba

# Zwischen Reform und Revolution

Steffen Niese, der in Havanna die deutschsprachige Ausgabe der kubanischen Zeitung «Granma Internacional» mit betreut, macht Anmerkungen zur Debatte über die neuen wirtschaftspolitischen Massnahmen auf der Karibik-Insel.

Von Steffen Niese

Die kubanische Revolution ist mittlerweile 52 Jahre alt und obwohl sich ihr exponiertester Repräsentant, Fidel Castro, seit mehreren Jahren aus der aktiven Politik zurückgezogen hat, scheint das Schicksal Kubas nach wie vor viele Menschen zu bewegen. Besonders diejenigen, die sich politisch links, so vage dieser Begriff heute auch sein mag, verorten, sorgen angesichts der jüngsten Berichterstattung der Mainstream-Medien über die Entwicklungen auf der sozialistisch regierten Insel. Denn seit einiger Zeit beherrschen Meldungen über Massenentlassungen und Privatisierungen im staatlichen Sektor die Schlagzeilen und auch die Informationen über den im April 2011 stattgefundenen Parteitag der regierenden kommunistischen Partei dürften nur in begrenztem Masse zu einer Klärung der Frage beigetragen haben, in welche Richtung der künftige Kurs der kubanischen Regierung gehen wird. Fest steht, dass sich die wirtschaftliche Situation des Landes, das sich seit der Zeitenwende um das Jahr 1990 in einer strukturellen Krise befindet, aufgrund verschiedener Faktoren in den letzten Jahren spürbar verschärft hat und die Zukunftsfähigkeit des Entwicklungsmodells Kuba akut gefährdet. Um dieser Herausforderung gerecht zu werden, hatte die kubanische Regierung bereits im letzten Jahr zahlreiche wirtschaftspolitische Massnahmen angekündigt, die auf dem Parteikongress bestätigt wurden und zu einer nachhaltigen Gesundung der kubanischen Volkswirtschaft beitragen sollen.

## Der Hintergrund

Im Kern sehen die von den 1000 Delegierten des Parteitages beschlossenen Veränderungen einen Umbau der Wirtschaftsstruktur vor, der mittel- und langfristig zu einer Entlastung des Staates und der Etablierung eines privaten Beschäftigungssektors führen soll. Konkret bedeutet dies, dass bis zum Jahr 2015 etwa 1,8 Millionen staatliche Beschäftigte in der Privatwirtschaft sowie in der Landwirtschaft eine neue Anstellung finden sollen. Im Zuge dieser Entwicklung geht es darum, die staatseigenen Betriebe effizienter, rentabler und subventionsunabhängiger zu machen. Auch die bevorstehenden sozialpolitischen Neuerungen, wie beispielsweise die Abschaffung der Lebensmittelbezugskarte «Libreta», die im Vorfeld des sechsten Kongresses der Kommunistischen Partei Kubas (PCC) in der Bevölkerung heftig diskutiert wurden, sollen zu einer Haushaltskonsolidierung und einem Abbau der etwa 20 Milliarden US-Dollar umfassenden Auslandsschulden beitragen und dafür sorgen, dass die sozialen Errungenschaften der Revolution auch künftigen Generationen uneingeschränkt zur Verfügung stehen.

Der Hintergrund der beschlossenen Massnahmen, die nun allmählich Gesetzescharakter annehmen und damit von der politischen auch zur juristischen Massgabe werden, ist die Tatsache, dass die Erholung der kubanischen Wirtschaft nach der «Spezialperiode» zu Beginn der 90er Jahre seit einigen Jahren erheblich ins Stocken geraten ist. Zu der Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation haben neben dem Fortbestehen der völkerrechtswidrigen US-Blockade, die unter anderem die Neuaufnahme von Krediten auf dem internationalen Finanzmarkt nahezu unmöglich macht,

die Hurrikanschäden des Jahres 2008, die sich auf etwa 10 Milliarden US-Dollar belaufen, sowie die Krise der Weltwirtschaft beigetragen. Letzere hat sowohl den devisenrächtigen Exportsektor schwer getroffen, als auch die Einnahmen aus dem bislang recht einträglichen Tourismusgeschäft und die Höhe der Geldüberweisungen von Exilkubanern zurückgehen lassen. Als Folge der gesunkenen Einnahmen aus dem Exportgeschäft sind auch die Einfuhren zurückgegangen und haben die stark von Importen abhängige Ökonomie deutlich geschwächt.

Um die negativen Folgen der Importabhängigkeit sowie die Anfälligkeit des Exportsektors für externe Krisen zu mindern, sind vor allem die

ten vor allem auch Mehreinnahmen für den defizitären Staatshaushalt. Zu diesem Zweck wurde eigens ein Steuer- und Abgabensystem beschlossen, das im sozialistischen Kuba nahezu unbekannt war und diejenigen am Stärksten belasten soll, die auch die meisten Einnahmen zu verzeichnen haben. Neu ist auch die Tatsache, dass in einigen Berufen, vor allem im Bereich der Gastronomie, Angestellte, und nicht nur wie bisher Familienangehörige, beschäftigt werden können. Allerdings müssen für die in diesem Arbeitsverhältnis tätigen Personen Steuern und Sozialabgaben entrichtet werden. Dadurch sowie durch die Begrenzung der Anzahl der Beschäftigten soll einer unkontrollierbaren Vermögensanhäufung entgegen gewirkt werden. Entgegen bisheriger Regelung sollen neuerdings auch die staatlichen Kinderbetreuungsange-

zumal der angekündigte und bereits begonnene Transformationsprozess, der von offizieller Seite «Aktualisierung des ökonomischen Modelles» genannt wird, allem Anschein nach bisher sehr geordnet und kontrolliert abläuft.

Die Verantwortlichen haben darüber hinaus immer wieder betont, dass das sozialistische Planungsmodell weiterhin bestimmend ist und die Schlüsselindustrien auch künftig nur vom Staat verwaltet werden sollen. Abzuwarten bleibt, inwiefern und vor allem in welcher Zeitspanne sich die vom paternalistischen Staat bislang mehr oder minder gut umsorgten Kubanerinnen und Kubaner auf die neuen Bedingungen und die damit verbundene Eigenverantwortung einstellen können und wollen. Denn obgleich von offizieller Seite immer wieder darauf hingewiesen wurde,



Strassenbild in Havanna, Oktober 2011. wyssfoto

Steigerung der eigenen Produktivität zur Substituierung von Importen sowie der rationalere Einsatz von Ressourcen als entscheidende Schlüssel-massnahmen erkannt und beschlossen worden. Vor diesem Hintergrund muss auch die Ankündigung von «Massenentlassungen» betrachtet werden, die für grossen Wirbel gesorgt hat. Mit dieser Massnahme soll die Überbeschäftigung vor allem im staatlichen Verwaltungs- und Dienstleistungssektor auf ein vertretbares Mass reduziert werden. Vorgesehen ist, dass die von den Umstrukturierungen und Entlassungen betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Privatsektor sowie als Kleinbauern in der bisher nur wenig produktiven Landwirtschaft tätig werden, um auf diese Weise zur Substituierung der milliardenschweren Nahrungsmittelimporte beizutragen. Um den Zugang zu der bisher stark reglementierten und begrenzten «Cuenta propia» (Arbeit auf eigene Rechnung), wie die Privatwirtschaft in Kuba offiziell bezeichnet wird, zu erleichtern, wurden schon im Herbst letzten Jahres zahlreiche bislang ausschliesslich vom Staat kontrollierte Tätigkeiten und Beschäftigungen freigegeben. So dürfen seitdem in insgesamt 178 (neuerdings 181, die Red.) Berufen und Berufssparten vor allem in den Bereichen der Gastronomie, des Transportwesens sowie des Handwerkes Privatpersonen tätig sein. Die politisch Verantwortlichen erhoffen sich von der Legalisierung zahlreicher bislang überwiegend illegal betriebener Beschäftigungen neben dem Auffangen der bisherigen staatlichen Bedienst-

bote den im privaten Sektor Tätigen zugute kommen. Durch zahlreiche weitere Neuregelungen soll sichergestellt werden, dass ein Grossteil der vom Arbeitsplatzverlust Betroffenen möglichst schnell in den privaten Arbeitsmarkt integriert werden kann. Da es aber trotz der angekündigten Bereitstellung von Kleinkrediten nicht für alle möglich sein wird, in diesem Sektor eine neue Anstellung zu finden bzw. einen Kleinbetrieb zu gründen, soll auch die Tätigkeit im landwirtschaftlichen Bereich deutlich attraktiver gemacht werden. Hierzu wurde bereits 2009 die Entscheidung getroffen, dass potenziellen Neubauern eine Fläche von bis zu 14 Hektar zur kostenlosen Nutzung zur Verfügung gestellt wird. Auch sollen künftig mit kleinen Krediten und durch den Aufbau eines Verkaufnetzes für landwirtschaftliche Geräte und Arbeitsmittel die Bedingungen weiter verbessert werden.

## Chancen und Möglichkeiten

Die Rahmenbedingungen für eine zumindest wirtschaftlich erfolgreiche Strukturveränderung der kubanischen Ökonomie dürften also weitestgehend gegeben und die Chancen einer Stabilisierung der angeschlagenen Nationalökonomie durchaus vorhanden sein. Klar ist, dass der kubanische Staat bislang ein Übermass an Aufgaben wahrgenommen und eine Vielzahl bürokratischer Hürden und Korsetts für privates Engagement geschaffen hat. Eine Reduzierung der staatlichen Aufgaben und Ausgaben müsste sich auf alle Fälle positiv auswirken,

dass die Stellenstreichungen von umfassenden Sozialmassnahmen begleitet werden sollen und niemand seinem Schicksal selbst überlassen werden soll, darf die Tatsache nicht aus den Augen verloren werden, dass nahezu jeder Dritte der etwa sechs Millionen Erwerbstätigen von den Umbaumaassnahmen der Volkswirtschaft betroffen sein wird und dies sich nicht unerheblich auf die bisherige kubanische Gesellschaft auswirken dürfte. Denn bislang hat der sozialistische Staat jedem Staatsbürger eine Arbeit und ein Einkommen garantiert, auch wenn dieses nicht immer zur Befriedigung aller materiellen Bedürfnisse ausgereicht hat. Nun ist bei der Arbeitsplatzsuche auch die Eigeninitiative des Einzelnen gefragt und es ist davon auszugehen, dass Konkurrenz- und Wettbewerbsgedanken schon bald das Handeln zumindest eines Teiles der Bevölkerung prägen werden. Ein weiteres Moment, das das bislang trotz bestehender sozialer Unterschiede noch weitgehend intakte gesamtgesellschaftliche Konstrukt aus dem Gleichgewicht bringen könnte, ist das durch die Ausweitung der privaten Beschäftigungsverhältnisse bedingte mögliche Entstehen einer neuen Oberschicht. Schon heute stellen die in diesem Sektor Tätigen einen Grossteil der Schicht der Besserverdienenden dar und haben mit ihrem überdurchschnittlich hohen Einkommen bereits jetzt zu einer Ausdifferenzierung der zuvor relativ egalitären Gesellschaft beigetragen. Einen positiven Gegeneffekt dürfte allerdings das beschlossene Steuer- und Abgabensystem haben, mit dem der Staat die Subventionen für die

einkommensschwächeren Schichten auch perspektivisch absichern will.

Bei Diskussionen um die künftige Entwicklung des kubanischen Gesellschaftssystems sollte zudem berücksichtigt werden, dass die kubanischen Jugendlichen von heute einerseits die sozialen Errungenschaften der Revolution im Bildungs- und Gesundheitswesen als Selbstverständlichkeit betrachten und andererseits nur die seit dem Jahr 1990 krisenhafte Situation der kubanischen Wirtschaft kennengelernt haben. Die materiellen Bedürfnisse und ideellen Werte dieser stetig wachsenden und schon bald die Bevölkerungsmehrheit stellenden Gruppe unterscheiden sich dabei mitunter erheblich von denen früherer Generationen. Auf diesen Umstand dürfte Fidel Castro in seiner Rede vor Studierenden der Universität Havanna aus dem Jahr 2005 angespielt haben, als er fragte, welcher Ideen und welches Bewusstseinsgrades es bedürfe, um einen revolutionären Prozess unumkehrbar zu machen. Wohl vor diesem Hintergrund hat der amtierende Staatspräsident Raúl Castro auf dem Sechsten Parteitag die Diskussion um die Wirksamkeit der Kommunistischen Partei bei der Bewusstseinsbildung angestoßen und neben wirtschaftlichen Neuerungen auch für organisatorische und politische Veränderungen innerhalb der Partei geworben. Bereits beschlossen wurde die Begrenzung aller politischen Ämter in Partei und Staat auf höchstens zehn Jahre. Auch die neue Zusammensetzung von Zentralkomitee und Politbüro lässt darauf schliessen, dass in Kuba nun endgültig die Weichen in Richtung Generationenwechsel gestellt worden sind. Diese Tatsache sowie die anstehenden wirtschaftspolitischen Veränderungen lassen zumindest darauf hoffen, dass die kubanische Revolution und das von ihr verkörperte sozialistische Entwicklungsmodell als lebendige Alternative zum kapitalistischen Entwicklungsweg auch noch in Zukunft Bestand haben könnte.

Steffen Niese, \*1981, Studium der Politik- und Medienwissenschaften sowie der Soziologie in Frankfurt/Main und Marburg. Mehrere Studienaufenthalte auf Kuba; u.a. Praktikum am Zentrum für Europäische Studien in Havanna. Autor von «Die deutsche Kuba-Politik seit 1990», PapyRossa, Köln 2010.

## Offenes Havanna?

# Quaack...

(ms) Wenn ein Kubaner in seine Hauptstadt reisen wollte, musste er bislang um Erlaubnis nachsuchen, weiss die NZZ am 23.11.11 zu berichten. Ein Dekret nun habe diese Bestimmung insofern gelockert, als es nahen Angehörigen gestatte, ihre Familien in Havanna auch ohne diese Erlaubnis zu besuchen.

Tatsächlich gibt es Beschränkungen bezüglich Havannas. Dabei geht es jedoch nicht um «Reisen» oder «Besuche», sondern nur um die Niederlassung: Wer seinen Wohnsitz dauerhaft nach Havanna verlegen will, muss um eine Niederlassungsbewilligung nachsuchen. Mit dieser Bewilligung wird restriktiv umgegangen: Die Kubaner wollen verhindern, dass sich ihre Hauptstadt zu einem Wasserkopf entwickelt.

Genau diese Bestimmung ist nun mit dem «Dekret No. 293» vom 16. November 2011 gelockert worden. Zwar wird an der Niederlassungsbewilligung generell festgehalten, wer aber Verwandte in der direkten Linie besitzt, die bereits festen Wohnsitz in Havanna haben, ist künftig von der Bewilligungspflicht ausgenommen, falls auch er seinen Wohnsitz nach Havanna verlegen möchte.

«Quaack» sagt die Zeitungsentente...



Anti-AKW-Treckerparade im Markgräflerland und Südsass am 13. November 2011. Foto Karl Schwörer

## Fessenheim wieder am Netz

# Die tickende Zeitbombe!

Das AKW Fessenheim sorgt erneut für negative Schlagzeilen und für grosse Besorgnis im Dreiländereck.

Von René Berger

Seit dem 6. November 2011 ist der Block 1 des Atomkraftwerkes Fessenheim wieder am Netz! Fessenheim ist das älteste AKW Frankreichs und gilt als besonders störanfällig. Seit der Inbetriebnahme kam es zwischen 1989 und 2011 zu über 200 Störfällen, die gemäss der deutschen Strahlenschutzverordnung meldepflichtig sind. Ungeachtet der massiven Proteste stimmte im Juli dieses Jahres die französische Atomaufsichtsbehörde (ASN) einer Laufzeitverlängerung von 10 Jahren zu, verband allerdings die Bewilligung mit einer Reihe von Massnahmen zur technischen Nachbesserung. Bis 2013 soll die lediglich 1 Meter dicke Betonplatte (der dünnsten aller französischen AKW's!) verstärkt und bis 2012 das Kühlsystem nachgebessert werden. Allein die Kosten für die Verstärkung der Betonplatte wird auf über 100 Mio. Euro geschätzt.

Diesen Entscheid, der keine abschließende Wirkung auf die Wiederinbetriebnahme von Block 1 beinhaltet, bezeichneten Natur- und Umweltschützer im Juli 2011 als völlig inakzeptabel, da bereits morgen im Falle eines Erdbebens oder einer Überflutung der Ernstfall eintreten könnte. Bei einem Unfall mit Kernschmelze könnte die Bodenplatte bersten und das radioaktive Material mit unabsehbaren Folgen in den Rhein gelangen.

Noch im Juni 2011 versicherte die französische Umweltministerin, dass nach der Katastrophe von Fukushima ein Entscheid über die Laufzeitverlängerung von Block 1 erst nach Auswertung des von der EU geforderten Stresstests erfolgen werde. Wie eine Sprecherin des AKW inzwischen verlauten liess, seien diese Tests im September abgeschlossen worden, die Auswertung werde allerdings noch bis zum Jahresende dauern...

### Volkswille krass missachtet

Im Widerspruch zu den bisherigen behördlichen Verlautbarungen und ungeachtet aller Bürgerproteste hat EDF (Electricité de France) nun Block 1 wieder hochgefahren. Die Atomaufsichtsbehörde und der Energiekonzern missachten damit nicht die Forderung von 400 Regionalpolitikern an Präsident Sarkozy zur Stilllegung des Atommeilers, sondern auch eine entsprechende Resolution von 44 schweizerischen, 68 deutschen und 55 französischen Gemeinden und Gebietskörperschaften! Zudem ist noch

eine Klage der TRAS (Trinationaler Atomschutzverband) in zweiter Instanz beim französischen Berufungsgericht hängig. Der Verband fordert ebenfalls eine sofortige Abschaltung von Block 1 und die endgültige Schliessung von Fessenheim.

### Bürgerproteste weiterführen

Die EDF spielt mit dem Feuer und gefährdet mit ihrer Politik die Gesundheit einer ganzen Region. Es kann nicht angehen, dass sich der französische Konzern (ca. 85% der Aktien sind im Besitze des französischen Staates!) für weitere 10 Jahre Milliardenprofite auf Kosten der Bevölkerung sichert.

Es wäre allerdings eine Illusion anzunehmen, dass die Bürgerproteste zu einem Umdenken der Atomindustrie führen werden. Wie die Klage von E.ON gegen den Entscheid der deutschen Bundesregierung zeigt, werden die Energiekonzerne mit aller Macht an ihren alten, abgeschriebenen AKW's festhalten und die zusätzlichen Milliardengewinne mit allen Mitteln verteidigen.

### An der Trecker-Parade Ein Teilnehmer berichtet

Am Sonntag dem 13. November 2011, an der Anti-AKW-Treckerparade im Markgräflerland und Südsass, durfte ich wieder zum erstenmal seit Jahrzehnten auf einem richtigen grossen Traktor mitfahren. Bei trübem und nasskaltem Novemberwetter hatte die Fahrt etwa 4,5 Stunden gedauert. Da zeitweilig einige Traktoren auf der Strecke stehenblieben, weil der Sprit alle war oder der Motor ausfiel, dauerte die Fahrt etwas länger als vorgesehen. Natürlich gab es auch ein paar lahme Gurken in der Treckerschlange, die dafür sorgten, dass die Fahrt nicht zu schnell wurde.

Der Traktorfahrer H.G., der mich auf die Tour mitnahm, ist Bio-Bauer im Markgräflerland und hat Öko-Obst-Gemüse- u. Weinbau. (Da muss ich mal hin, mal testen wie die Öchle schmecken.) Von daher ganz verständlich warum auch Bauern gegen das AKW-Fessenheim eine Traktordemo veranstalten und auch gegen die unbeherrschbare hochtoxische radioaktive Giftmüllproduktion demonstrieren. Sie demonstrieren auch gegen das immerwährende Risiko des AKW-Fessenheim, dass riesengrosse Ländereien mit Ackerflächen, landwirtschaftlichen Anbauflächen für Wein, Obst, Gemüse, Getreide im Falle eines Gaus für Jahrtausende mit hochtoxischen radioaktiven Partikel verseucht werden.

Das unsicherste AKW an der Grenze Deutschlands, das AKW-Fessenheim hat keinen ausreichenden Berstschutz gegen Kernschmelze. Das bedeutet, dass z.B. im Falle eines Flugzeugabsturzes ins AKW-Fessenheim bei einem darauffolgenden GAU die Kernschmelze ungehindert in den Rhein absinken würde, und dieser wäre dann bis in die Niederlande hinein hochtoxisch radioaktiv verseucht.

Deshalb muss man weiterdemonstrieren gegen EDF, gegen Sarkozy gegen die europäische Atomindustrie und sich engagieren für erneuerbare Energieformen, die solche schädlichen gesundheitsgefährdenden Risiken nicht haben und auch keine hochtoxische Müllproduktion generieren.

Und wie immer gilt, Öchle in Massen geniessen um davon gesund zu bleiben!

Um den politischen Druck hoch zu halten, ist die Weiterführung der Bürgerproteste gegen Fessenheim von grosser Bedeutung. Im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen in Frankreich zeigen sich erste Auswirkungen, haben sich doch die Sozialisten und die Grünen auf ein Wahlbündnis geeinigt, nachdem sich zuvor die sozialistische Partei entschieden hatte im Falle eines Sieges die Atompolitik deutlich zurückzuführen.

Unser primäres Ziel ist die Stilllegung von Fessenheim. Um weitere Fessenheims zu verhindern und den Umstieg in die erneuerbaren Energien zu beschleunigen, brauchen wir jedoch grundsätzliche Veränderungen in der Energiepolitik. Es kann nicht sein, dass diese ausschliesslich vom Profitinteresse einiger weniger Energiemultis bestimmt wird. Eine Energiepolitik im Interesse der Bevölkerung lässt sich nur durch eine demokratische Mitsprache verwirklichen. Die Energiewirtschaft muss dem Kapitalmarkt entzogen und die Aktiengesellschaften in öffentlich-rechtliche Körperschaften überführt werden, sodass eine demokratische Kontrolle gewährleistet ist.

Quellen: TRAS, Zeit online, Badische Zeitung, NZZ-Online

## FIFA hebt Brasiliens Gesetzgebung aus

# Diese Fussball-WM gehört (nicht) uns

Soll ein Land funktionieren, brauche es Regeln, meint Frei Betto, der brasilianische Befreiungstheologe und ehemalige Berater von Brasiliens Ex-Staatschef Lula da Silva. Sind weder Gesetze vorhanden noch jemand, der ihnen Geltung verschafft, versinkt das Land in Anarchie. Genau diese Gefahr droht nach Meinung des streitbaren Theologen seinem Land von Seiten der FIFA.

Von Frei Betto

Soll ein Land funktionieren, braucht es Regeln. Sind weder Gesetze vorhanden noch jemand, der ihnen Geltung verschafft, versinkt es in Anarchie. Brasilien hat mehr Gesetze als Einwohner.

Im Prinzip darf keines dieser Gesetze gegen das höchste aller Gesetze verstossen, nämlich die Verfassung.

Im Prinzip.

In der Praxis, und im Bezug auf die kommende Fussballweltmeisterschaft, ist die Theorie eine andere.

Vor dem Mega-Event des runden Leders wird alles auf den Kopf gestellt. Die Gesetzgebung läuft Gefahr, übergangen zu werden und, so wie es aussieht, will man die Unternehmen, die mit der FIFA verhandelt sind, von der Steuerpflicht befreien.

Das Gesetz über die finanzpolitische Verantwortung, welches die Verschuldung begrenzt, soll ausgehebelt werden um den Bau der Einrichtungen für Fussball-WM und Olympiade zu erleichtern. Wie Professor Carlos Vainer, ein Spezialist in der Stadtplanung, betont, kann sich eine Gemeinde verschulden, um ein Stadion zu bauen, aber nicht, um Sanierungsarbeiten auszuführen...

ärztlich verordneten Zwischenmahlzeit. Selbst das Mitbringen von Wasser bleibt verboten.

Sämtliche Personen werden beim Einlass kontrolliert. Eine einzige Fast-Food-Kette darf ihre Produkte in den Stadien vermarkten. Und das in Brasilien in den Stadien geltende Alkoholverbot wird zugunsten einer US-Biermarke unterlaufen. Die renommierte Zeitung Le Monde Diplomatique kommentiert: «Die Durchführung eines derartigen Mega-Sportevents ermächtigt auch die Mega-Vergewaltigung von Rechten, die Mega-Verschuldung der öffentlichen Hand und Mega-Irregularitäten.»

Die FIFA will während der Dauer der WM doch tatsächlich die Gültigkeit des Fan-Status aussetzen, die Rechte der Alten und den Verbraucherschutz. Alle diese Vorschläge sind im Gesetzesvorschlag 2 330/2011 enthalten, der dem brasilianischen Parlament vorgelegt werden soll. Und sollte das Projekt zurückgewiesen werden, kann die Regierung seinem Inhalt mit provisorischen Erlassen dennoch zum Durchbruch verhelfen.

Besitzen Sie ein T-Shirt mit dem Aufdruck «WM 2014», so geben Sie Acht! Bereits hat die FIFA dem Nationalen Institut für industrielles



Die FIFA ist ein Spiel-Casino. In einem Casino spielen viele, es gewinnen aber nur wenige. Wer sicher nie verliert, ist der Casino-Besitzer. Genauo funktioniert die FIFA, die sich mehr um ihren Gewinn kümmert als um den Sport. Deshalb ist sie mit ihrem Stosstrupp in Brasilien gelandet und will die Regierung zwingen, Gesetze und Bräuche zu vergessen.

Die FIFA will für die Dauer der Weltmeisterschaft in einem Umkreis von 2 Kilometern rund um die Stadien die Vermarktung jeglicher Produkte verbieten. Nur gerade jene Waren dürften verkauft werden, die von den mit der FIFA verbundenen Unternehmen stammen. Damit es klar ist: Für lokale Unternehmen: Verschlossene Türen! Für Marktfahrer und fliegende Händler: die Polizei! Platz frei für die FIFA! Fast 170 000 Menschen müssen aus ihren Wohnungen weichen, damit die Stadien gebaut werden können. Wer garantiert, dass sie angemessen entschädigt werden?

Die FIFA möchte, dass sich die Bevölkerung von den Stadien fernhält. Soll sie sich doch mit den Fernsehübertragungen begnügen. Der Aufenthalt in den Stadien soll Privileg einer Elite bleiben, der Ausländer und jener, die das notwendige Geld haben, sich Tickets auf dem Schwarzmarkt zu besorgen.

Die FIFA möchte das Recht auf günstigste Eintritte unterbinden. Haltet euch fern, ihr Studierenden! Weg mit den Alten! Und kein Einlass mit dem Pausenbrot der Grossmutter oder der

Eigentum INPI den Schutz von über tausend Titeln beantragt, darunter die Zahl «2014»...

Machen Sie sich gefasst auf eine Unordnung wie diese: Die FIFA fordert für die Dauer der WM Sondertribunale. Strafen im Zusammenhang mit der Vermarktung von Produkten, mit Einkünften und Werbung. Im erwähnten Gesetzesvorschlag sieht Artikel 37 spezielle Gerichte und Kammern vor, die sich der Fälle rund um die WM annehmen sollen. Eine Parallel-Justiz!

In Südafrika gab es 56 Sondergerichte für die Fussball-Weltmeisterschaft. Der Diebstahl einer Kamera etwa wurde mit 15 Jahren Gefängnis bestraft! Und noch schlimmer: Wäre der Geschädigte die FIFA gewesen, hätte der Staat die Entschädigung leisten müssen. In andern Worten: Der brasilianische Staat würde Garant der FIFA und ihrer privaten Unternehmen.

Es ist Zeit, dass sich die organisierten Fans und die sozialen Bewegungen den Ball zurechtsetzen und auf Tor schiessen. Das Parlament muss unter Druck gesetzt werden, damit der Gesetzesvorschlag, der die brasilianische Gesetzgebung auf die Reservebank verdammt, nicht durchkommt. Andernfalls werden sich die brasilianischen Fussball-Liebhaber damit abfinden müssen, das Ganze im Fernsehen anzuschauen.

Quelle: Correio Braziliense.  
Übersetzung: Martin Schwander



«Null Toleranz gegenüber Gewalt an Frauen»: Marsch in Santo Domingo. Foto elpoderdemiami.com

**Weltweit, kulturübergreifend – und widerwärtig**

## Gewalt an Frauen

Die Generalversammlung der Vereinten Nationen hat im Jahr 1999 den 25. November zum «Internationalen Tag zur Beseitigung der Gewalt gegen Frauen» erklärt. Dieser Tag ist für die Frauenbewegung überall auf der Erde aktuell. An diesem Tag kämpfen Frauen weltweit gegen Gewalt, sie klagen an, erinnern an die Opfer und leisten Widerstand. Aus aktuellem Anlass dokumentieren wir nachstehend Fakten und Hintergrundinformationen des regionalen Informationszentrums der Vereinten Nationen für Westeuropa (UNRIC) zum Thema.

Gewalt gegen Frauen hat verschiedene Formen – physische, sexuelle, psychologische und emotionale. Sie sind miteinander vernetzt und betreffen Frauen aller Altersklassen – von ungeborenen Babys bis zu älteren Menschen. Einige Arten der Gewalt wie der Menschenhandel sind grenzüberschreitend.

Frauen, die Gewalt erleben, leiden an zahlreichen gesundheitlichen Problemen. Die Fähigkeit, am öffentlichen Leben teilzunehmen, wird stark eingeschränkt. Gewalt gegen Frauen schädigt generationsübergreifend Familien und Gemeinschaften und fördert die Verbreitung anderer Gewaltformen in der Gesellschaft. Infolge der Gewaltakte verarmen Frauen, ihre Familien, Gemeinschaften und sogar ganze Nationen. Gewalt gegen Frauen beschränkt sich nicht auf spezielle Kulturen, Regionen, Länder oder einige Gruppen von Frauen. Die Ursachen der Gewaltakte liegen in der anhaltenden Diskriminierung von Frauen. Bis zu 70 Prozent aller Frauen werden im Laufe ihres Lebens Opfer von Gewalttaten.

### Häusliche Gewalt

Die weltweit am häufigsten auftretende Form von Gewalt gegen Frauen ist physische Gewalt durch einen vertrauten Partner. Frauen werden geschlagen, zum Geschlechtsverkehr gezwungen oder in anderer Weise missbraucht. Laut einer Studie der Weltgesundheitsorganisation (WHO) in elf Ländern reicht der Anteil der von einem vertrauten Partner sexuell missbrauchter Frauen von sechs Prozent in Japan bis zu 59 Prozent in Äthiopien. Verschiedene weltweite Umfragen belegen, dass die Hälfte aller ermordeten Frauen von ihren jetzigen oder ehemaligen Partnern oder Ehemännern getötet wurden.

Nach Angaben der WHO wurden 40-70 Prozent der weiblichen Mordopfer in Australien, Kanada, Israel, Südafrika und den USA von ihren Partnern getötet. In Kolumbien wird an jedem sechsten Tag eine Frau von ihrem (Ex-) Partner ermordet.

Darüber hinaus ist die Anwendung psychologischer und emotionaler Gewalt durch vertraute Partner weit verbreitet.

### Mitgiftmorde

Bei den brutalen Praktiken der Mitgiftmorde werden Frauen von ihren Ehemännern oder deren Verwandten getötet, da die Familie der Frau nicht für die Mitgift aufkommen kann. Die Mitgift ist ein Geschenk an die Familie des Mannes, das die Frau mit

in die Ehe bringt. Die Tradition der Mitgift oder ähnlicher Zahlungen ist weltweit verbreitet. Zu Morden aus diesem Grund kommt es allerdings vorwiegend in Südasien.

### Ehrenmorde

In vielen Teilen der Gesellschaft werden Opfer von Vergewaltigungen und Frauen, die des vorehelichen Geschlechtsverkehrs oder des Ehebruchs beschuldigt werden, von ihren Verwandten ermordet. Die Rechtfertigung für die Morde ist der Verlust der Jungfräulichkeit, der als Angriff auf die Ehre der Familie verstanden wird.

Schätzungen des Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen (UNFPA) zufolge werden weltweit jährlich mehr als 5 000 Frauen Opfer sogenannter Ehrenmorde.

### Sexualisierte Gewalt

Es wird angenommen, dass weltweit eine von fünf Frauen im Laufe ihres Lebens Opfer einer (versuchten) Vergewaltigung wird.

Eine vorrangige in Afrika und Südasien verbreitete Form der sexualisierten Gewalt ist die Verheiratung min-



derjähriger Frauen. Junge Mädchen werden häufig zur Ehe und sexuellen Beziehungen gezwungen. Dadurch steigen verschiedene gesundheitliche Risiken sowie die Gefahr sich mit HIV/Aids zu infizieren. Ausserdem sinkt so das Bildungsniveau. Eine Folge sexueller Gewalt sind traumatische Fisteln. Dabei wird das Vaginalgewebe stark gedehnt, und es kommt zu Inkontinenz und sozialer Ächtung.

### Sexualisierte Gewalt in Konflikten

Sexualisierte Gewalt in Konflikten ist eine schwere Gewalttat der heutigen Zeit, die Millionen von Menschen betrifft – vornehmlich Frauen und Mäd-

chen. Sie wird oft bewusst als weitreichende Strategie von bewaffneten Gruppen eingesetzt, um Gegner zu demütigen, die Bevölkerung in Angst und Schrecken zu versetzen und die Gesellschaft zu zerstören. Frauen und Mädchen werden auch von denjenigen sexuell ausgebeutet, die sie in den Konflikten beschützen sollen. Von Grossmüttern bis zu Kleinkindern fallen immer wieder Frauen gewalttätigen sexuellen Angriffen durch Soldaten und Rebellen zum Opfer. Vergewaltigungen sind seit langer Zeit eine Kriegstaktik. In jedem Krieg wird in und nach bewaffneten Konflikten Gewalt gegen Frauen angewendet.

- In der Demokratischen Republik Kongo werden jeden Monat 1 100 Vergewaltigungen verzeichnet. Durchschnittlich werden jeden Tag 36 Frauen und Mädchen vergewaltigt. Seit Beginn des bewaffneten Konflikts sind schätzungsweise 200 000 Frauen Opfer sexualisierter Gewalt geworden.

- Vergewaltigungen und sexualisierte Gewalttaten an Frauen und Mädchen sind in der sudanesischen Konfliktregion Darfur weit verbreitet.

- Während des Völkermords in Ruanda (1994) wurden 250 000 bis 500 000 Frauen vergewaltigt.

- Sexualisierte Gewalt war auch während des 14-jährigen Bürgerkriegs in Liberia charakteristisch.

- Während des Konflikts in Bosnien in den frühen 90er Jahren wurden 20 000 bis 50 000 Frauen vergewaltigt. Einer Studie der Weltbank zufolge sind Frauen zwischen 15 und 44 Jahren einem höheren Risiko ausgesetzt, Vergewaltigung und häuslicher Gewalt zum Opfer zu fallen, als Krebs, Verkehrsunfällen, Krieg und Malaria.

Die Anwendung von Gewalt gegen Frauen in polizeilichem Gewahrsam ist weit verbreitet. Dazu gehören sexualisierte Gewalt, sexuelle Belästigung, von Männern durchgeführte Leibesvisitationen und das Einfordern sexueller Handlungen gegen Privilegien und Güter des täglichen Bedarfs.

### Gewalt und HIV/AIDS

Durch ungeschützten und ungewollten Geschlechtsverkehr verbreitet sich HIV/AIDS rasch. Ungewollter Geschlechtsverkehr führt durch ein erhöhtes Risiko von Hautabschürfungen und Blutungen zu einer verstärkten Übertragung des Virus. Die Wahrscheinlichkeit, dass Frauen, die von ihren Partnern geschlagen werden, mit HIV/AIDS infiziert sind, ist 48 Prozent höher als bei anderen Frauen. Das Risiko, Opfer von erzwungenem Geschlechtsverkehr zu werden und mit HIV/AIDS infiziert zu werden, ist bei jungen Frauen besonders hoch. Mehr als die Hälfte aller weltweiten Neuinfektionen treten bei jungen Menschen zwischen 15 und 24 Jahren auf – 60 Prozent der Infizierten dieser Altersgruppe sind weiblich.

### Genitalverstümmelung und Beschneidung weiblicher Genitalien

Unter die Begriffe Genitalverstümmelung und Beschneidung weiblicher Genitalien fallen verschiedene Arten traditioneller Beschneidungsriten an Frauen und Mädchen.

- Schätzungen zufolge mussten sich mehr als 130 Millionen Frauen Beschneidungen unterziehen – vor allem in Afrika und in einigen Ländern des Nahen Ostens.

- Jedes Jahr sind zwei Millionen Mädchen der Gefahr der Beschneidungsriten ausgesetzt.

### Menschenhandel

500 000 bis zwei Millionen Menschen werden jährlich in die Prostitution, Zwangsarbeit oder die Sklaverei verschleppt – 80 Prozent der Opfer sind Frauen und Mädchen.

Quelle: UZ

## Internationaler Tag gegen Gewalt an Frauen

# Erklärung von EL-Fem und EL

EL-FEM, das Frauennetzwerk der Europäischen Linken, veröffentlichte aus Anlass des Internationalen Tages gegen die Gewalt an Frauen eine Erklärung, die wir auszugsweise dokumentieren.

«Gewalt gegen Frauen ist Ausdruck patriarchaler Unterdrückung und der Existenz machistischer und frauenfeindlicher Kulturen in verschiedenen Gesellschaften – ein Phänomen, das sogar im Herzen der kapitalistischen Modernität weiter besteht, dort, wo Demokratie und universelle Rechte zumindest formal Geltung haben.

- Gewalt an Frauen ist weit verbreitet und scheint nicht im Geringssten abzunehmen. Jede dritte Frau auf der Welt und jede vierte in Europa ist dieser Form der Gewalt ausgesetzt.

- Frauen widerfährt Gewalt durch Männer. Natürlich wenden nicht alle Männer Gewalt gegen Frauen an, aber auf jeden Fall handelt es sich um eine spezifische Form der Gewalt, die von Männern gegen Frauen und Mädchen gerichtet wird. Männer wenden Gewalt an, um ihre Macht über Frauen zu erhalten oder zu verstärken oder um diese Macht wieder zu erlangen, sollten sie sie verloren haben.

- Lange Zeit ist diese Form der Gewalt unsichtbar geblieben, hat im Verborgenen stattgefunden und wurde nicht geahndet. Mehr noch, sie konnte sich der Übereinstimmung mit herrschenden Wertvorstellungen, Traditionen und Gesetzen gewiss sein, die so weit reichte, dass dieses Phänomen als natürlich und normal angesehen wurde. Heute ist Gewalt gegen Frauen ein Verbrechen, aber sie wird nach wie vor von Einzelnen, von Institutionen und dem Staat als eine streng private Angelegenheit und nicht als Verbrechen behandelt, das im öffentlichen Bereich eine Rolle spielt.

- Frauen sind Opfer von Gewalt sowohl in ihrem Alltagsleben als auch in ihren Wohnungen. Gewalt an Frauen wird von Partnern oder Verwandten ausgeübt und ist ein Phänomen, das in allen sozialen Klassen anzutreffen ist.

- Gewalt an Frauen nimmt verschiedene Formen an: die Verletzung des Rechts auf Selbstbestimmung, Zwangsehen, sexuelle oder psychische Belästigung, Ausbeutung oder Diskriminierung. Besonders betroffen sind migrantische Frauen, wobei diese spezifische von Männern ausgeübte Form der Gewalt jenes Leid vermehrt, das durch die Behinderungen erzeugt wird, die diese Frauen erleben, wenn sie innerhalb der Grenzen Europas ohne volle Rechte leben.

- Die Gebote und Vorschriften der Religionen, insbesondere der monotheistischen, basieren auf der männlichen Vorherrschaft und oftmals auf Gewalt. Frauen werden als geringere Wesen angesehen oder manchmal als Objekte männlicher Lust und dem männlichen Willen unterworfen. Oder sie sind verschiedenen Familienkodexen unterworfen. Sie erleiden die Gewalt und Macht der Gesetze, Traditionen und Praktiken, die auf ihrer Unterwerfung unter das männliche Geschlecht beruhen, wobei ihre Unterwerfung oftmals als natürlich oder gottgewollt angesehen wird.

- In modernen Kriegen sind 70-80 Prozent der Opfer ZivilistInnen, in der Mehrheit Frauen. Sie werden in Flüchtlingslagern und Gefängnissen gefoltert und erniedrigt. Sie werden systematisch vergewaltigt, wobei diese Praxis als Waffe in zahlreichen Konflikten eingesetzt wird. In der Tat besteht eine enge Verbindung zwischen Militarismus und patriarchaler Unterdrückung.

Aus diesem Grund fordern wir als Feministisches Netzwerk in der Euro-

päischen Linken und als Europäische Linke:

- Die Trennung der Bereiche der Religion und der Politik ebenso wie Säkularität als Grundlage jedes Staates ebenso wie jeder sozialen und politischen Gemeinschaft. Daher verteidigen wir die Rechte der Frauen auf Selbstbestimmung, Zugang zu Verhütungsmitteln und Abtreibung. Insbesondere bekämpfen wir den Anspruch des Vatikans, über das Leben von Frauen, ihre Freiheit und ihre Sexualität zu bestimmen ebenso wie über die Sexualität und die sexuelle Freiheit von LGBTIQ-Menschen.

- Die Verabschiedung eines Strafgesetzes gegen Genitalverstümmelung und die Zwangsehe.

- Die europaweite Anerkennung und Ergänzung von Gesetzen, die die Gewalt gegen Frauen und ihre Kinder beenden. Im Zentrum dieser Gesetze muss die Prävention und die Früher-



Plakat von EL-Fem gegen die Gewalt an Frauen.

kennung der ersten Symptome von Gewalt stehen, wofür ein ausreichendes Budget zur Verfügung zu stellen ist, damit den Opfern dieser Form von Gewalt geholfen werden kann und damit insbesondere migrantische Frauen vollen Zugang zum Recht haben, unabhängig von ihrem Aufenthaltsrechtlichen oder verwaltungstechnischen Status in Europa.

- Die Beschränkung und Kontrolle von Waffenbesitz durch Einzelne, weil diese Waffen gegen Frauen verwendet werden könnten.

- Frauenrechte dürfen nicht dafür missbraucht werden, neue Kriege oder die Beschränkung von Zuwanderungsrechten zu rechtfertigen.

Es gehört zu den Grundsätzen der EL, sich nicht nur für eine Änderung der Beziehungen zwischen den Klassen und die Abschaffung von Ausbeutung und Unterdrückung einzusetzen, sondern auch die patriarchalen Strukturen in der Gesellschaft und die daraus resultierenden sozialen und kulturellen Folgen zu bekämpfen. Die Krisen in der Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur, die Europa befallen haben, sind das Ergebnis des Versagens des neoliberalen Kapitalismus und geben zur Hoffnung Anlass, dass statt der barbarischen Herrschaft von Profit und Kapital eine neue sozialistische Gesellschaft errichtet werden kann, die die Natur bewahrt und in der Bedingungen geschaffen werden, die eine Revolution der Frauen ermöglichen: die EL bekämpft sexistische Gewalt, die dem Machismus und der patriarchalen Herrschaft entspringt

Quelle: UZ

ISSN 1423-6826  
sfb@bluewin.ch  
www.friedensbewegung.ch



# Unsere Welt

## Zeitung der Schweizerischen Friedensbewegung (SFB)

### Impressum

«Unsere Welt» erscheint bis sechsmal jährlich.  
Auflage: 10 000  
Herausgeber: Schweiz. Friedensbewegung,  
Postfach 2113, CH-4001 Basel  
Tel. 061/681 03 63, Fax 061/681 76 32  
Verantwortlich für Herausgabe: Martin Schwander  
Redaktion: Franziska Genitsch, Toni Mächtlinger,  
Ruedi Moser, Louise Stebler, Martin Schwander  
E-Mail: sfb@bluewin.ch  
Abonnementspreis: mindestens 12 Franken.  
PC: 40-1627-7  
Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.  
Satz/Layout: ComTex, 3414 Oberburg  
Druck: Bubenberg Druck- und Verlags AG, Bern

### Mithelfen

«Unsere Welt» erscheint seit 1978. Dies, weil die Freundinnen und Freunde der UW mit Spenden es ermöglichen und weil viele Helferinnen und Helfer bei der Verbreitung mithelfen.  
**Wie kann man helfen?**  
Indem Sie den Einzahlungsschein benützen und/oder einen Bund Zeitungen bestellen und an Ihrem Ort an Versammlungen oder in die Briefkästen verteilen.

Senden Sie mir gratis \_\_\_\_\_ Exemplare «UNSERE WELT».

Senden Sie diesen Talon an:  
SFB, Postfach 2113, CH-4001 Basel

Name: \_\_\_\_\_

Vorname: \_\_\_\_\_

Adresse: \_\_\_\_\_

PLZ, Ort: \_\_\_\_\_



Fanny Edelman, ehemalige Generalsekretärin der Internationalen Demokratischen Frauenföderation, kurz nach ihrem 100. Geburtstag vom 27. Februar 2011. Foto A. Mas.

### Initiatorin des Internationalen Frauenjahres

## Frühlingsmomente

Nachruf auf Fanny Edelman, argentinische Kommunistin und langjährige Generalsekretärin der Internationalen Demokratischen Frauenföderation

Von Uli Brockmeyer

Als vor 75 Jahren Freiwillige aus aller Welt nach Spanien eilten, um der jungen Republik in ihrem Kampf gegen den faschistischen Putsch des Generals Francisco Franco mit der Waffe in der Hand beizustehen, war unter ihnen eine junge Argentinierin, gerade mal 26 Jahre alt. Die Kommunistische Internationale hatte im Herbst 1936 dazu aufgerufen, alle Mittel zur Verteidigung der Republik zu mobilisieren, und in Spanien hatten sich die ersten Einheiten ausländischer Freiwilliger formiert. Der Journalist Bernardo Edelman fragte seine Frau Fanny damals: «Was denkst du, sollten wir dorthin gehen?» Ohne Zögern stimmte sie zu.

Fanny und Bernardo Edelman waren nach ihrer Ankunft massgeblich an der Formierung des argentinischen Kontingents der Internationalen Brigaden beteiligt. Mehr als 500 Freiwillige hatten sich aus ihrem Land nach Spanien durchgeschlagen. Für Fanny, die in der Uniform der Interbrigaden für die Rote Hilfe tätig war und sich für die Arbeit mit den Frauen in den republikanischen Gebieten einsetzte, war dies die erste und wichtigste Erfahrung mit dem kämpferischen proletarischen Internationalismus in ihrem langen Leben.

Fanny wurde am 27. Februar 1911 in der Stadt San Francisco in der argentinischen Provinz Córdoba geboren. Ihre Eltern waren Immigranten aus Osteuropa und verfügten nur über bescheidene Mittel. Ihr Vater war Fabrikarbeiter, ihre Mutter führte den Haushalt. Als Fanny 13 war, übersiedelte die Familie nach Buenos Aires. «Damals träumte ich davon,

eines Tages zu studieren, ich wollte Ärztin werden», erzählte sie. «Aber in der damaligen Zeit wurden nur Jungs zu einem solchen Studium angenommen.»

Schon in ihrer frühen Jugend kam sie in Kontakt mit Menschen, die sich für soziale Fragen engagierten. Von ihrem Vater hatte sie die Liebe zu Büchern. Zu Beginn der 30er Jahre nahm sie an Solidaritätsaktionen für politische Gefangene, Kommunisten und Anarchisten, teil. Sie wurde Mitglied der Roten Hilfe und trat 1934 der Kommunistischen Partei Argentiniens bei. Auch in der Frauenbewegung



Als Freiwillige im Spanischen Bürgerkrieg.

war sie schon in den 30er Jahren aktiv. Fanny hatte bereits früh verstanden, dass der Kampf für die Rechte der Frauen untrennbar verbunden ist mit dem Kampf für die Befreiung der Arbeiter von Ausbeutung und Unterdrückung. Sie betrachtete sich aber niemals als «Frauenrechtlerin», sondern stets in erster Linie als Kommunistin.

Im Auftrag der argentinischen Frauenorganisation Unión de Mujeres Argentinas war Fanny Edelman in den 60er und 70er Jahren in der Leitung der Internationalen Demokratischen Frauenföderation (IDFF) vertreten, die ihren Sitz in Berlin, Hauptstadt der DDR, hatte. Als langjährige Generalsekretärin der IDFF leitete sie Solidaritätsaktionen für Vietnam, Chile, Portugal und für den Befreiungskampf der Völker Asiens und Afrikas. Sie war massgeblich an den Frauenkonferenzen der UNO beteiligt und eine der Initiatorinnen des Internationalen Jahres der Frauen.

Ein wichtiger Teil ihres Lebens war die Solidaritätsarbeit für Kuba. 1960 reiste sie zum ersten Mal in das Land. Dort habe sie «mit eigenen Augen die Möglichkeiten für Veränderung unseres geschundenen Lateinamerikas» gesehen, sagte sie 1997. Gegenüber einem kubanischen Journalisten berichtete sie unter anderem über die Solidarität mit der Sowjetunion während des Zweiten Weltkrieges, mit Vietnam, Nicaragua, Chile. Dann sagte sie: «Ich habe in meinem Leben viele Momente des Frühlings erlebt. Einer davon ist eure Insel.»

Auf einem Kongress des kommunistischen Jugendverbandes traf ich sie, die Ehrenpräsidentin der KP, im Oktober 1988 in Buenos Aires. Auf meine Frage, welche Botschaft sie der Jugend vermitteln wolle, antwortete sie mit der für sie typischen Bescheidenheit: «Das ist eigentlich ein zu grosses Ansinnen an mich. Aber ich möchte dir sagen, ich glaube an diese jungen Menschen, die einmal unseren Platz einnehmen werden.» Am 1. November ist Fanny Edelman wenige Monate vor Vollendung ihres 101. Lebensjahres in Buenos Aires verstorben.

Quelle: UZ/jw

### Neue Hoffnung für den US-Journalisten

## Teil-Erfolg für Mumia Abu-Jamal

Das 1982 verhängte Todesurteil gegen Mumia bleibt «nicht verfassungskonform». Der Staatsanwalt scheidet mit seiner Berufung an höchstrichterlicher Entscheidung. Der Kampf um die Freilassung von Mumia jedoch geht weiter.

Von Jürgen Heiser

Nach einer Entscheidung des Obersten Gerichtshofs der USA besteht begründete Hoffnung, dass das Todesurteil gegen den Journalisten und Bürgerrechtler Mumia Abu-Jamal vielleicht doch nicht vollstreckt wird. Am 11. Oktober gab das höchste US-Gericht bekannt, dass es die Zulassung eines Berufungsantrags der Staatsanwaltschaft von Philadelphia ablehnt.

In der dem Gerichtshof eigenen Art, komplizierte Rechtsfälle mit einer zwei Wörter umfassenden Entscheidung zu bedenken, war auf der Website des Supreme Court unter der Überschrift «Zulassung abgelehnt» in einer Liste von 274 Fällen auch der Antrag von Bezirksstaatsanwalt Seth Williams aufgeführt. Dieser wollte die Zulassung seiner Berufung gegen den Entscheid des Bundesberufungsgerichts vom 26. April 2011 erreichen.

Damals hatten drei Bundesrichter das Urteil, mit dem der heute 57-jährige Abu-Jamal im Juli 1982 wegen Mordes an dem weissen Polizisten Daniel Faulkner zum Tode verurteilt worden war, als »nicht verfassungskonform« gewertet.

Zwar lehnte das Bundesgericht ein Wiederaufnahmeverfahren über die zahlreichen Unschuldsbeweise ab und segnete den ursprünglichen Schuldspruch mit höchstrichterlicher Zustimmung ab, wonach Abu-Jamal am 9. Dezember 1981 Faulkner erschossen habe. Ein schwerwiegendes Rechtshindernis sahen die Bundesrichter hingegen darin, dass die Geschworenen 1982 falsch darüber instruiert worden waren, wie mildernde Umstände zu berücksichtigen seien. Andernfalls wäre nach Überzeugung der Bundesrichter schon damals eine Verurteilung zu lebenslanger Haft möglich gewesen.

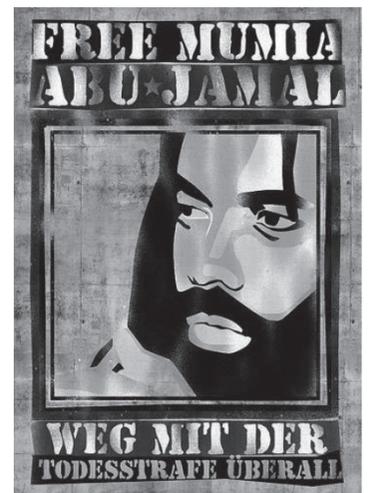
Deshalb ordneten die Bundesrichter im April 2011 an, vor dem zuständigen Staatsgericht in Philadelphia «innerhalb von 180 Tagen erneut vor einer Jury über das Strafmass zu verhandeln». Würde die Anklagebehörde keinen entsprechenden Antrag stellen, sei das Todesurteil automatisch in lebenslange Haft umzuwandeln.

### Rechtsbeugung und Rassismus nachgewiesen

Das Bundesberufungsgericht hatte damit frühere Entscheidungen von Bundesgerichten aus den Jahren 2001 und 2008 bekräftigt. Allerdings hatte die Staatsanwaltschaft gegen die früheren Entscheidungen jeweils erfolgreich Berufung eingelegt, weshalb das Todesurteil gegen den ehemaligen Black-Panther-Aktivist rechtlich kräftig blieb und Mumia Abu-Jamal bis heute weitere lange Jahre im Todesstrakt zubringen musste.

Mit der Nichtzulassung der erneuten staatsanwaltschaftlichen Berufung erlangt die Bundesgerichtsentscheidung vom 26. April 2011 nun Rechtskraft. Damit liegt es jetzt im Ermessen der Anklagebehörde, ob sie das Wagnis eingehen will, öffentlich über das Strafmass gegen Mumia Abu-Jamal zu verhandeln. Nach fast dreissig Jahren Kampf um Recht und Gerechtigkeit in diesem Verfahren dürfte eine neu zu wählende Jury heute nicht mehr so einfach dazu zu bringen sein, erneut auf die Todesstrafe zu erkennen. Dieser Meinung ist jedenfalls der US-Autor Dave Lindorff, der in seinem 2006 veröffentlichten Buch «Killing Time» Rechtsbeugung und Rassismus im Verfahren gegen Mumia Abu-Jamal gründlich nachgewiesen hat.

Erste Stellungnahmen aus der US-Solidaritätsbewegung verweisen darauf, dass Mumia Abu-Jamal nun im günstigsten Fall nach 30 Jahren To-



destrakt bis an sein Lebensende ohne Aussicht auf Bewährung in eines der US-Hochsicherheitsgefängnisse verlegt würde, in denen sich derzeit die Insassen mit einem Hungerstreik gegen die Haftbedingungen wehren.

### «Grillt Mumia!»

Die Staatsanwaltschaft Philadelphia lehnte eine Bewertung der Entscheidung des Obersten Gerichtshofs ab. Sie liess lediglich in einer mageren Pressemitteilung verlauten, Bezirksstaatsanwalt Williams müsse «sich mit der Fachabteilung beraten, welche nächsten Schritte er in diesem Fall zu tun gedenke. Bei diesen Überlegungen wird sicher auch eine Rolle spielen, wie sich die mächtige Lobby der rechten Polizeibruderschaft Fraternal Order of Police (FOP) zur neuen Lage positioniert. Die FOP, auf die sich die Staatsanwaltschaft in ihrem bisherigen Bemühen um die Hinrichtung Abu-Jamals immer stützte, hat nie aufgehört, ihre Parole «Grillt Mumia!» zu propagieren.

Quelle: Junge Welt